

Jahresbericht 2018/2019

NRW

VIEL ZU TUN!

unternehmer nrw

Landesvereinigung der Unternehmensverbände Nordrhein-Westfalen e.V.





LV-Vorstand mit den katholischen Bischöfen aus Nordrhein-Westfalen



LV-Präsident Kirchhoff wird zum Honorarkonsul von Polen ernannt



Der Beirat zur Ruhr-Konferenz



LV-Vorstandssitzung mit NRW-Finanzminister Lutz Lienenkämper



Unternehmerverband Handwerk NRW – Unternehmertag 2019



LV-Vorstandssitzung mit WDR-Intendant Tom Buhrow



Austausch zur Ruhr-Konferenz mit den Ruhrgebietsverbänden in Duisburg

02
VORWORT

DER ANSPRUCH DEUTSCHLANDS MUSS EIN ANDERER SEIN!

04
NRW-WIRTSCHAFT
AUF EINEN BLICK

06
POLITIK IN NRW
**NICHT
NACHLASSEN**

14
WIRTSCHAFT UND
INFRASTRUKTUR
**ES GEHT LANGSAM
VORAN**

16
ENERGIE- UND
UMWELTPOLITIK
**STANDORT-
ATTRAKTIVITÄT
SICHERN**

18
BILDUNG UND SCHULE
**GUTE BILDUNG –
STARKES LAND**

20
AUSBILDUNG UND
HOCHSCHULE

IMPULSE ZUR FACHKRÄFTE- SICHERUNG

22
INNOVATION UND
DIGITALISIERUNG

DIE CHANCEN DES DIGITALEN WANDELS

24
ARBEITSMARKT UND
FACHKRÄFTESICHERUNG

REKORD BEI BESCHÄFTIGUNG, FACHKRÄFTE GESUCHT

26
NRW UND EUROPA
**EUROPA IST DER
HEIMATMARKT**

30
TARIF UND ARBEITSZEIT
**TARIFBINDUNG
STÄRKEN? JA, ABER
NICHT SO!**

36
ARBEITS- UND SOZIALRECHT

BELASTUNGEN FÜR DIE WIRTSCHAFT

42
UNTERNEHMER NRW IN DEN
MEDIEN

UNTERNEHMER NRW „ON AIR“

46
BILDUNGSWERK DER
NORDRHEIN-WESTFÄLISCHEN
WIRTSCHAFT (BWNRW)

NACHWUCHS GEWINNEN – FACHKRÄFTE ENTWICKELN

50
UNTERNEHMER NRW:
GUT VERNETZT

51
GREMIEN UND
ANSPRECHPARTNER

54
UNTERNEHMER NRW
IN DEN SOZIALEN
NETZWERKEN

Die Landesvereinigung der Unternehmensverbände Nordrhein-Westfalen ist die Spitzenorganisation der Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbände des größten Bundeslandes in Deutschland. Sie vertritt die wirtschafts-, arbeitsmarkt- und sozialpolitischen sowie die bildungspolitischen Anliegen von 129 Mitgliedsverbänden mit 80.000 Mitgliedsbetrieben und 3 Millionen Beschäftigten.



DER ANSPRUCH DEUTSCHLANDS MUSS EIN ANDERER SEIN!

Foto: Andreas Krebs

Liebe Leserinnen und Leser,

die Europawahl 2019 war die wohl wichtigste in der Geschichte der Europäischen Union. Viele Menschen in unserem Land haben verstanden, dass auch ihr Votum über die Zukunft unseres Kontinents entscheidet. Denn es ging um die Frage, ob Populisten und Nationalisten die Oberhand gewinnen oder ob die demokratischen Kräfte gestärkt werden. Mit einer Wahlbeteiligung von deutlich über 60 Prozent haben die Menschen in Nordrhein-Westfalen einen wichtigen Beitrag dafür geleistet, dass die pro-europäischen Kräfte eine

überwältigende Mehrheit erzielt haben und die Europagegner ebenso deutlich in der Minderheit geblieben sind. Darüber können sich alle Demokraten aufrichtig freuen.

Dennoch hat die Europawahl in Berlin ein heftiges Beben ausgelöst. Die Parteien der Großen Koalition haben erkennbar einen echten Denkmittel, die Grünen im Windschatten eines ökologischen Mainstreams enorme Zuwächse erhalten. So manche Partei scheint sich derzeit in aufgeregten Aktionismus zu flüchten, die politische Debatte hierzulande läuft emotional und aufgewühlt.

Für die Wirtschaft indes sind diese Vorzeichen alles andere als hilfreich. Dringend notwendig ist vielmehr eine Politik, die mit klarem Kopf, sorgfältigem Management und kluger Kommunikation in großen Linien denkt und langfristig plant.

Die jahrelange Umverteilungspolitik mit ihren hohen Belastungen für die Zukunft hat den politischen Gestaltungs- und Handlungsspielraum jedoch stark eingeschränkt. Bereits heute ist angesichts sinkender Steuereinnahmen absehbar, dass sich diese Politik schon bald bitter rächen dürfte. Denn es wird Geld

fehlen, um unser Land mit massiven Investitionen in Bildung, Innovation, Digitalisierung und Verkehrsinfrastruktur für die enormen Herausforderungen des internationalen Wettbewerbs fit zu machen. Hinzu kommt: In vielen Debatten und auf wichtigen Gebieten hat unser Land zuletzt die falsche Richtung eingeschlagen. Klima-, energie- und sozialpolitische Grundsatzentscheidungen wurden getroffen, ohne deren gesamtwirtschaftliche Folgen zu betrachten.

So gehören deutsche Unternehmen mit ihren effizienten, ressourcenschonenden und umweltfreundlichen Prozessen und Produkten längst zur klimafreundlichsten Industrie der Welt. Und dennoch kann man den Eindruck gewinnen, als hätten hierzulande immer mehr Menschen ausgerechnet die deutsche Industrie als Urheber des globalen Klimawandels ausgemacht.

Auch hat die deutsche Wirtschaft mit ihrem eindeutigen „Ja“ zum vereinbarten Kohlekompromiss ein klares Bekenntnis zum Kohleausstieg im Jahr 2038 abgegeben, wenngleich die gleichzeitig erforderliche Sicherstellung von Versorgungssicherheit, der Ausbau der Netze sowie die Wettbewerbsfähigkeit der Strompreise ein gigantischer Kraftakt werden wird. Und dennoch fordern zunehmend mehr Politiker inzwischen wohl aller Parteien einen noch früheren Ausstiegstermin, ohne die ganze ökonomische und sozialpolitische Dimension einer solchen Entscheidung wahrhaben zu wollen.

Und schließlich hat unser Land bereits heute den am besten funktionierenden Sozialstaat der Welt. Und dennoch wird die parteiübergreifende Koalition der deutschen Sozialpolitiker nicht müde, ständig nach neuen Gerechtigkeitslücken zu suchen und die ohnehin schon überbordende Umverteilungspolitik der letzten Jahre weiter auszubauen. Nicht wenige Unternehmer beschleicht zunehmend das ungute Gefühl, als sei

Deutschland der marktwirtschaftliche Kompass abhandengekommen.

So geht es in der politischen Debatte über soziale Gerechtigkeit hierzulande nicht etwa um Chancen- und Leistungsgerechtigkeit, sondern der Mainstream unserer Gesellschaft versteht darunter vor allem Gleichheit. Beispiel Grundrente: Hier werden die bisher geltenden Leistungs- und Bedarfsprinzipien gleich doppelt infrage gestellt. Die Grundrente würde vielen Menschen eine Aufstockung von Rentenbezügen gewähren, die oberhalb dessen liegen, was sie in ihrem Berufsleben eingezahlt haben. Das widerspricht dem Leistungsprinzip. Und sie würde obendrein vielen Menschen zugutekommen, die finanziell auch ohne zusätzliches Geld zu recht kommen. Das widerspricht dem Bedarfsprinzip.

Dies alles geschieht in einer Zeit massiver Verschiebungen der globalen Kräfteverhältnisse. Ein gelenkter Staat wie China und ein zutiefst protektionistisch denkender US-Präsident sind dabei, die Spielregeln der globalisierten Welt neu zu klären – derzeit sogar unter Inkaufnahme eines Handelskriegs. Will Deutschland als führendes Land in einem vereinten Europa diese Spielregeln mitgestalten, dann braucht es dringend ein neues Grundempfinden für die Bedeutung der Wirtschaft und vor allem der Industrie für die Zukunftschancen der Menschen in unserem Land. Deutschland muss wieder den Anspruch an sich selbst haben, den Spitzenplatz als wettbewerbsfähiger Ausrüster der Welt auf der Basis des Wertegerüsts der Sozialen Marktwirtschaft einzunehmen.

Die Soziale Marktwirtschaft ist das Fundament für unsere freie Gesellschaft in einer immer komplexer werdenden Welt. Ich erwarte deshalb eine gesellschaftspolitische Debatte, in der vor allem die junge Generation mitgenommen werden muss. Ihr enormes Enga-

gement für den Klimaschutz zeigt, dass sie alles andere als politikverdrossen ist. Das macht Mut. Es ist jetzt Aufgabe verantwortungsvoller Politik, ihr ein realistisches Zukunftsbild zu entwerfen, das die großen Linien für Wirtschaft, Industrie, Sicherheit, Soziales, Klimaschutz, Generationengerechtigkeit und gesellschaftlichen Zusammenhalt zeichnet und vor allem verbindet.

An dieser gesellschaftspolitischen Debatte in Bund und Land wird sich die Landesvereinigung konstruktiv beteiligen. Als Spitzenorganisation der nordrhein-westfälischen Wirtschaft wird unternehmer nrw dort loben, wo möglich und dort antreiben, wo nötig.

Den vorliegenden Jahresbericht, der einen Überblick über die Arbeit und Positionen der Landesvereinigung der Unternehmensverbände Nordrhein-Westfalen des vergangenen Jahres gibt, empfehle ich Ihrer Lektüre.

Mit einem herzlichen Glückauf bin ich

Ihr

Arndt G. Kirchhoff
Präsident

WIRTSCHAFTSLEISTUNG

Quelle: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder, 2018

705.066 MIO. EURO

3.386.000 MIO. EURO
D



INTERNE AUSGABEN FÜR FORSCHUNG UND ENTWICKLUNG

Anteil am BIP 2018. Quelle: Statistisches Bundesamt; Stifterverband, Wissenschaftsstatistik; Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder.

2,1% **NRW**
3,0% D



BESCHÄFTIGUNGSQUOTE FRAUEN

Quelle: Bundesagentur für Arbeit, 2018

57,1% **NRW**
59,9% D



SCHNELLES INTERNET

Anteil der Privathaushalte mit Anschlüssen von mind. 100 MBit/s; Quelle: BMVI, 2018

72,5% **NRW**
66,3% D



STUDIERENDE AN HOCHSCHULEN

Wintersemester 2018/19
Quelle: Statistisches Bundesamt

780.536 NRW
2.863.609 D



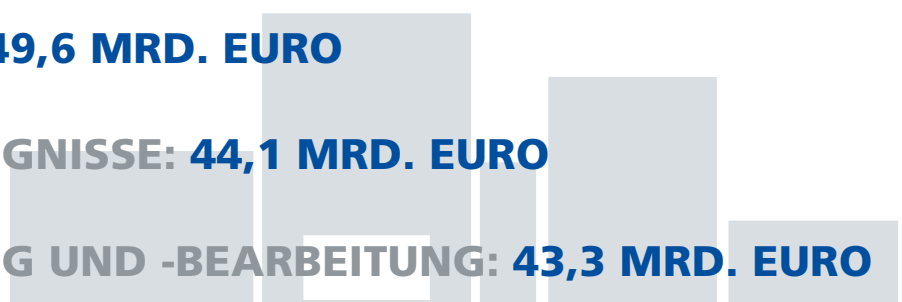
GRÖSSTE INDUSTRIEBRANCHEN NACH UMSATZ

Quelle: Information und Technik NRW, 2018

MASCHINENBAU: 49,6 MRD. EURO

CHEMISCHE ERZEUGNISSE: 44,1 MRD. EURO

METALLERZEUGUNG UND -BEARBEITUNG: 43,3 MRD. EURO



DIE WICHTIGSTEN ZIELLÄNDER FÜR NRW-PRODUKTE

Quelle: Information und Technik NRW, 2018

NIEDERLANDE
20,5 MRD. EURO

FRANKREICH
16,0 MRD. EURO

USA
13,2 MRD. EURO

ARBEITSLOSENQUOTE

Quelle: Bundesagentur für Arbeit, 2018



6,8%

5,2%

NRW

D

LANGZEITARBEITSLÖSE

Anteil an Arbeitslosen;

Quelle: Bundesagentur für Arbeit, 2018



41,6%

34,8%

NRW

D

EXISTENZGRÜNDUNGEN

je 10.000 Erwerbspersonen;
Quelle: IfM, 2018



73

71

NRW

D

STAUKILOMETER

Quelle: ADAC, 2018



486.000 KM NRW

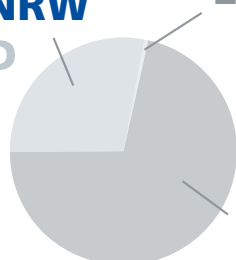
1.528.000 KM D

WERTSCHÖPFUNG NACH SEKTOREN

Quelle: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder, 2018

INDUSTRIE: 28,1% NRW
31,0% D

LANDWIRTSCHAFT: 0,4% NRW
0,8% D



DIENSTLEISTUNGEN: 71,5% NRW
68,2% D



NICHT NACHLASSEN

- Wirtschaftspolitische Grundstimmung verbessert
- Aufholprozess braucht noch mehr Dynamik
- Koalitionsvertrag jetzt zügig und konsequent umsetzen

Foto: iStock

Die wirtschaftspolitische Grundstimmung ist in den vergangenen beiden Jahren spürbar besser geworden. Nachdem in Nordrhein-Westfalen zuvor zu häufig gebremst und verhindert wurde, geht es nun in die richtige Richtung.

So hat die Landesregierung insbesondere mit ihrer innovations- und gründerfreundlichen Ausrichtung, den deutlichen Anstrengungen beim Infrastrukturausbau sowie ersten entschlossenen Schritten beim Bürokratieabbau das Klima für Unternehmertum, Innovationen, Investitionen und Arbeitsplätze bereits deutlich verbessert.

Schwache Wachstumszahlen müssen Weckruf sein

Dennoch bleibt weiter viel zu tun. Die Landesregierung darf jetzt nicht nachlassen. Nordrhein-Westfalen muss sich im Wettbewerb um Investitionen und Arbeitsplätze noch mehr anstrengen. Das im Jahr 2018 gegenüber dem Bundesschnitt erneut um 0,5 Prozentpunkte geringere Wirtschaftswachstum Nordrhein-Westfalens ist ernüchternd und muss ein deutlicher Weckruf sein. Daher darf die Landesregierung nun auch bei der Umsetzung des Koalitionsvertrags

nicht an Geschwindigkeit verlieren oder gar auf halber Strecke stehen bleiben. Denn es bleibt dabei: Wer aufholen will, muss sich mehr anstrengen als andere, sonst gelingt das nicht.

Zukunftschancen in den Mittelpunkt stellen

Mit der Stärkung der frühkindlichen Bildung und dem deutlichen Ausbau der Kinderbetreuungsangebote hat sich das Land nun endlich in einem in NRW über Jahrzehnte vernachlässigten Handlungsfeld ehrgeizige Ziele gesetzt. Auch in der

ERWERBSTÄTIGE IN NRW 2018

9,45 MIO.



Quelle:
Statistikamt
IT.NRW

Im Jahresdurchschnitt 2018 waren in Nordrhein-Westfalen rund 9,45 Millionen Menschen erwerbstätig – damit fast 126.000 mehr als im Vorjahr.

Schulpolitik stellt die Landesregierung mit einer klaren Prioritätensetzung auf höhere Unterrichtsqualität und bessere Ausstattung ebenfalls die Weichen für bessere Zukunftschancen der Kinder. Es bleibt eine Daueraufgabe, diese Anstrengungen weiter zu intensivieren.

Ausdrücklich begrüßen wir die Verbesserung der ökonomischen und der MINT-Bildung. Die angekündigte Agenda zur Stärkung der beruflichen Bildung ist ein wichtiges Signal und kann einen deutlichen Beitrag zur Attraktivitätssteigerung der dualen Ausbildung und damit zur Fachkräftesicherung leisten. Und wir sehen in der angestrebten Stärkung der Hochschulautonomie eine wichtige Maßnahme zur dauerhaften Verbesserung der Qualität in Forschung und Lehre. Noch intensiver in den Blick genommen werden muss jedoch der Ausbau dualer und berufsbegleitender Studiengänge.

Investitionen sind Schlüssel für Aufholprozess

Entscheidend für den notwendigen Aufholprozess sind angesichts des intensiven weltweiten Standortwettbewerbs mehr denn je attraktive und verlässliche Investitionsbedingungen. Hier hat die Landesregierung mit der entschlossen eingeleiteten Modernisierung der Verkehrsinfrastruktur sowie der deutlich investitionsfreundlicheren Grundausrichtung des Landesentwicklungsplans

erste wichtige Schritte getan. In anderen Bereichen besteht jedoch weiterhin dringender Handlungsbedarf.

So sind beim Abbau der investitionsfeindlichen umweltpolitischen Alleingänge der Vorgängerregierung bisher nur wenige der im Koalitionsvertrag angekündigten Maßnahmen umgesetzt worden. Und auch die Senkung der hierzulande im Bundesvergleich flächendeckend deutlich höheren Gewerbesteuerhebesätze bleibt ein dringendes Handlungsfeld.

Industriepolitik neuen Anschub geben

Die nordrhein-westfälische Industrie ist und bleibt ein zentraler Pfeiler für Arbeitsplätze und Wohlstand in unserem Land. Gleichzeitig setzt sie starke Impulse für einen prosperierenden Dienstleistungssektor. Und nicht zuletzt leistet sie durch innovative Produkte sowie die stetige Verbesserung ihrer Rohstoff- und Energieeffizienz einen direkten Beitrag zum weltweiten Klima- und Ressourcenschutz.

Ein wesentliches Alleinstellungsmerkmal und ein wichtiger Trumpf im Wettbewerb der Industriestandorte sind unsere geschlossenen Wertschöpfungsketten. Diese zu stärken und zu sichern, muss zwingend ein zentrales Ziel der Landesregierung bleiben. Hierfür gilt es nicht zuletzt, den Einsatz für industrielle Erweiterungen und Neuansiedlungen noch weiter zu intensivieren. Denn allein mit digitalen Start-ups, aber ohne eine starke Industrie, wird der Aufholprozess nicht



Präsident Arndt G. Kirchhoff auf dem Unternehmertag 2018

Foto: unternehmer nrw

IM DIALOG MIT DER LANDESPOLITIK

Beteiligung von unternehmer nrw an Sachverständigen-Anhörungen im Landtag

Entwurf einer Verordnung zur Änderung der Verordnung über den Landesentwicklungsplan Nordrhein-Westfalen, Anhörung des Ausschusses für Wirtschaft, Energie und Landesplanung, 15. Mai 2019

Europäische Strategie für Kunststoffe in der Kreislaufwirtschaft, Anhörung des Ausschusses für Europa und Internationales, 3. Mai 2019

Integration von Geflüchteten in Arbeit und Ausbildung, Anhörung des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales sowie des Integrationsausschusses, 13. März 2019

Sozialpartnerschaft im digitalen Zeitalter, Anhörung der Enquetekommission I „Digitale Transformation der Arbeitswelt in Nordrhein-Westfalen“, 11. Januar 2019

Entwurf eines Brexit-Übergangsgesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen – BrexitÜG NRW, 29. Oktober 2018

Leitlinien des Ministers zur Diskussion der Reform der Juristenausbildung, 4. Juli 2018



Stellungnahmen von unternehmer nrw in Anhörungsverfahren der Landesregierung:

Richtlinienentwurf zur Azubiticketförderung in NRW, 31. Mai 2019

Entwurf des vierten Gesetzes zur Änderung des Landesabfallgesetzes (LAbfG), 30. April 2019

Kernlehrpläne für die Sekundarstufe I des Gymnasiums, Kernlehrplan für das Fach „Wirtschaft-Politik“, 4. April 2019

Entwurf eines Artikelgesetzes zur Anpassung der Abgabefreiheit bei Einleitung von verschmutztem Niederschlagswasser, 30. Januar 2019

Rechtsverordnung zur Ausgestaltung des elektronischen Rechnungverkehrs nach § 7a des Gesetzes zur Förderung der elektronischen Verwaltung in Nordrhein-Westfalen (E-Government-Gesetz NRW), 25. Januar 2019

Entwurf eines Gesetzes zur Modernisierung des Rechts der Umweltverträglichkeitsprüfungen im Land Nordrhein-Westfalen (UVPG NRW), 12. Dezember 2018

Neufassung des Erlasses zur Veröffentlichung von Legionellenbefunden, 7. November 2018

Entwurf einer Strategie für das digitale Nordrhein-Westfalen, 31. Oktober 2018

Beteiligungsverfahren der Landesregierung zu den Änderungsvorschlägen zum Landesentwicklungsplan (LEP), 13. Juli 2018

Referentenentwurf für ein Gesetz zur Änderung des Hochschulgesetzes NRW, 10. Juli 2018

Beteiligung von unternehmer nrw an Clearingverfahren und Stellungnahmen gegenüber der Clearingstelle Mittelstand Nordrhein-Westfalen

Gesetz zur Änderung des Landesabfallgesetzes (LAbfG), 1. März 2019

Zweites Gesetz zur Änderung des E-Government-Gesetzes Nordrhein-Westfalen (EGovG NRW), 26. Februar 2019

Verwaltungsverfahrensgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen (VwVfG NRW), 13. Februar 2019

Entwurf einer Verordnung zur Ausgestaltung des elektronischen Rechnungverkehrs nach

§ 7a des E-Government-Gesetzes (EGovG NRW), 29. November 2018

Entwurf der Änderungen der Tarifstellen (Gebührentatbeständen) des MULNV, 16. November 2018

Entwurf einer Verordnung für betriebliche Feuerwehren (VOBfW), 12. Oktober 2018

Entwurf eines Gesetzes zur Anpassung der Rechtsgrundlagen für die Fortentwicklung des Europäischen Emissionshandels, 31. August 2018

Entwurf eines Gesetzes zur Beitragsentlastung der Versicherten in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV-Versichertenentlastungsgesetz – GKV-VEG), 28. August 2018

Entwurf eines Gesetzes zur Anpassung zivilrechtlicher Vorschriften an die Datenschutzgrundverordnung (DSGVO), 16. August 2018

Entwurf der Änderungen des Landesentwicklungsplans (LEP), 31. Juli 2018

Entwurf eines Fünften Gesetzes zur Änderung des Bundesfernstraßenmautgesetzes (BFStrMG), 11. Juni 2018

gelingen. Wir setzen daher große Erwartungen in das von der Landesregierung angekündigte politikfeldübergreifende Industriepolitische Leitbild.

Chancen der Digitalisierung ergreifen

Eine Kernaufgabe zur Sicherung unserer Wettbewerbsfähigkeit und Arbeitsplätze wird es sein, unser Bundesland zügig für die Herausforderungen der Digitalisierung fit zu machen. Die Landesregierung hat mit ihrer ressortübergreifenden Digitalstrategie hierzu einen wichtigen Impuls gesetzt. Wir begrüßen sehr, dass

sie darin dem zügigen und lückenlosen Ausbau des Gigabit-Netzes sowie der 5G-Technologie im Mobilfunk absolute Priorität einräumt. Außerdem bedarf es klarer digitaler Schwerpunktsetzungen bei Bildung, Qualifizierung und Forschung. Die Aktivitäten im Bereich der Gründerzentren, der Künstlichen Intelligenz und der Cyber-Sicherheit unterstützen wir ausdrücklich.

Ziel muss es sein, die digitale Transformation zu meistern und unser Bundesland zu einem weltweiten Leitmarkt für Industrie 4.0 zu machen. Eine noch bessere Verknüpfung unseres starken industriellen Mittelstands mit Wissen-

schaft und kreativen Start-ups kann dabei eine neue Innovations- und Wachstumsdynamik entfachen.

Energiewende konsequent gestalten

Der auf Bundesebene beschlossene Kohleausstieg bis zum Jahr 2038 bedeutet gerade für NRW eine immense Herausforderung. Dabei sind Versorgungssicherheit zu jeder Sekunde und wettbewerbsfähige Strompreise für das Industrieland NRW unverzichtbar. Das Land hat bei den Verhandlungen in vielen Bereichen wichtige Erfolge erzielt. Nun

IM GESPRÄCH MIT ...



... NRW-Ministerpräsident Armin Laschet (CDU) bei der Feierstunde zu 100 Jahren Tarifautonomie



... NRW-Bildungsministerin Yvonne Gebauer (FDP) im Vorstand von unternehmer nrw



... dem SPD-Fraktionsvorsitzenden Thomas Kutschaty im Vorstand von unternehmer nrw



... der Landesvorsitzenden der GRÜNEN NRW, Mona Neubaur, beim Unternehmertag 2018

Fotos: unternehmer nrw

MITGLIEDSCHAFTEN UND MITARBEIT IN GREMIEN UND INITIATIVEN DES LANDES NORDRHEIN-WESTFALEN

Arbeitsmarkt

- Begleitausschuss ESF NRW 2014–2020
- Landesbeirat „Arbeit gestalten NRW“
- Steuerungsgruppe „Arbeit gestalten NRW“
- Expertengruppe Aktionsplattform Familie@Beruf.NRW

Sozialpolitik

- Inklusionsbeirat des Landes Nordrhein-Westfalen
- Fachbeirat „Arbeit und Qualifizierung“
- Fachbeirat „Partizipation“
- Widerspruchsausschuss zur Kündigung schwerbehinderter Menschen beim Integrationsamt, Landschaftsverband Rheinland
- Beratender Ausschuss zur Beschäftigung von behinderten Menschen beim Integrationsamt, Landschaftsverband Rheinland
- Landesausschuss für Jugendarbeitsschutz
- Fachkonferenz Sozialberichterstattung NRW

Integrationspolitik

- Beirat für Teilhabe und Integration

Tarifpolitik

- Tarifausschuss für das Land Nordrhein-Westfalen
- Beratender Ausschuss für das Mindestentgelt nach dem Tarifreue- und Vergabegesetz NRW

Strukturpolitik

- Begleitausschuss EFRE.NRW 2014–2020

Forschung und Innovation

- Förderbeirat „Ressourceneffiziente Abwasserbeseitigung NRW-ResA“
- NRW-Lenkungsgremium zu Horizont 2020

Verkehr

- Beirat Bündnis für Mobilität

Mittelstandspolitik

- Clearingstelle Mittelstand
- Arbeitskreis Mittelstandsfinanzierung

Justiz

- Beratender Ausschuss für die Ernennung der Berufsrichter gemäß § 11 des Sozialgerichtsgesetzes (SGG)
- Beratender Ausschuss für die Ernennung der Vorsitzenden gemäß § 18 Abs. 2 Arbeitsgerichtsgesetz

Europa

- NRW.Europa – Stakeholdernetzwerk Enterprise Europe Network in NRW
- Arbeitsgruppe „Frühwarnsystem Europa“ des MWIDE
- Brexit-Workshop-Reihe des MWIDE

Außenwirtschaft

- Beirat Außenwirtschaft

Gesundheit

- Landesgesundheitskonferenz NRW
- Lenkungsgruppe Masterplan Umwelt und Gesundheit NRW
- Steuerungsgruppe Landesinitiative „Gesundheitsförderung und Prävention“

Datenschutz

- Landesdatenschutzkonferenz NRW

Energie- und Klimapolitik

- NRW-Verbandeshandlung Energieeffizienz-Netzwerke
- Arbeitsgruppen zur Erarbeitung der Energieversorgungsstrategie NRW
- Beirat Klima Audit.NRW
- IN4climate.NRW-Partnerversammlung
- Wirtschaftsbeirat IN4climate.NRW
- Beirat Klimaprofit Center NRW

Umweltpolitik

- Trägerkreis Allianz für die Fläche
- Arbeitsgruppe „Monitoring Oberflächengewässer“
- Arbeitsgruppe „Umweltinspektionen“
- Arbeitsgruppe „Wasserrahmenrichtlinie“
- Landesbeirat „Immissionsschutz“
- Team Nachhaltigkeit (Begleitgremium zur Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie NRW)
- PFT-Fachgespräche
- Lenkungsgruppe sowie Begleitforum zum Masterplan Wasser
- Projektgruppe „Vollzug“
- Lenkungsreis wirtschaftsbezogene Umweltverwaltung
- Kompetenznetzwerk Umweltwirtschaft NRW
- Runder Tisch „Angemessener Sicherheitsabstand“
- Planspiel zur Novelle TA Luft

Bildung/Ausbildung/Weiterbildung

- Ausbildungskonsens Nordrhein-Westfalen
- Landesausschuss für Berufsbildung des Landes Nordrhein-Westfalen
- Fachbeirat Arbeit und Qualifizierung
- Arbeitskreis Weiterbildungsorganisationen des MAGS
- Beirat „Teach First NRW“
- Gesprächskreis für Landesorganisationen der Weiterbildung
- Projektbeirat „Studienaussteiger/innen NRW“
- Bildungskonferenz NRW
- Landesbeirat für die gemeinwohlorientierte Weiterbildung in Nordrhein-Westfalen

Digitalisierung

- NRW-Initiative „Wirtschaft und Arbeit 4.0“

Ruhr-Konferenz

- Beirat
- Themenforen

„Die ideologischen Bremsen müssen weg“



Unternehmerpräsident Arndt G. Kirchhoff fordert mehr Tempo in NRW und Vernunft beim Kohleausstieg

Von Jens Helmecke

Hagen. Arndt Günter Kirchhoff ist erfolgreicher Sauerländer Unternehmer und als Präsident des Dachverbandes Unternehmer NRW Sprachrohr der Wirtschaft im größten Bundesland. Im Gespräch mit der WESTFALENPOST blickt der 63-Jährige zurück auf 2018 und nach vorne in ein wichtiges Jahr.

Geht es Deutschland gerade zu gut? Arndt Günter Kirchhoff. „Wir haben ein erfolgreiches Jahr 2018 erlebt. Ich glaube, die Grunddynamik ist intakt. Für 2019 werden 1,5 Prozent Wachstum prognostiziert. Das wäre nach neun Jahren Aufschwung auf hohem Niveau nicht schlecht. Ich warne aber vor Übermut, die deutsche Wirtschaft ist nicht unwundbar.“

Denkt man an den Diskurs um Diesel oder die Energiewende, könnte man meinen, Deutschland zerlegt sich gerade selbst. Was bereitet Ihnen mehr Sorge, ein beschleunigtes Ende des Verbrennungsmotors oder der Kohleausstieg? Beides macht mir große Sorgen. Es geht darum, ob wir weiter Industrie als Quelle unseres Wohlstands haben wollen, oder nicht. Das müssen wir den Menschen deutlich machen. Wir müssen die Zusammenhänge erklären.

„Wir können nicht aus der Kohle aussteigen, bevor wir absolute Versorgungssicherheit haben. Erst dann, keinen Tag früher.“

Arndt G. Kirchhoff, Nordrhein-Westfalens Unternehmerpräsident zur Frage eines Ausstiegsdatums bei der Kohleverstromung

Ab wann ist ein Ausstieg aus der Kohleverstromung also möglich? Als Industrie denken wir doch schon längst umweltfreundlich. Wir alle wollen saubere Luft. Was wir jetzt in der Umweltpolitik falsch machen, müssen unsere Kinder und Enkel ausbaden. Da würde ich gerne Fehler vermeiden. Aber wir müssen uns auch fragen, was realistisch ist. Ich denke schon, dass die junge Generation auch gerne Arbeitsplätze hätte, und zwar auch vor der Haustür. Also: Am grünen Tisch bekomme ich die Energiewende leicht hin. Die Umsetzung ist aber eine andere Sache. Wir brauchen die entsprechende Infrastruktur. In diesem Jahr sind nur 50 Kilometer Leitungen für das neue Stromnetz einer Energiewende gelegt worden. Wir



Der Sauerländer Unternehmer Arndt Günter Kirchhoff spricht seit 2016 als Präsident von Unternehmer NRW für die Belange der Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen und darüber hinaus. Der Landesregierung bescheinigt Kirchhoff einen guten Start im Jahr 2017. Bei der Entwicklung des Ruhrgebiets brauche es jetzt aber Tempo und Leidenschaft.

FOTO: ANDRÉ HIRZ

brauchen aber mindestens 6000 Kilometer.

Also ist ein konkretes Datum nicht seriös zu benennen? Wir können nicht aussteigen, bevor wir absolute Versorgungssicherheit haben. Erst dann, keinen Tag früher. Ich habe nichts gegen ehrgeizige Ziele. Aber sie müssen technisch machbar und bezahlbar sein. Für die Unternehmen und für die Bürger. Und wenn wir nach der Hälfte der Strecke feststellen, dass wir bei Netzausbau, Speicherkapazitäten und Strompreisen noch nicht so weit sind, müssen wir den festgelegten Zeitpunkt des Ausstiegs entsprechend verschieben. Alles andere wäre wirtschafts- und sozialpolitisch unverantwortlich. Das gilt für die Kohle und ähnlich auch beim Automobil.

Das heißt, die von der EU formulierte Marke von 37,5 Prozent CO₂-Reduktion als Flottenziel für die Automobilbauer ist nicht zu erreichen? Es ist zumindest hoch ambitioniert. Man kann das alles fordern, aber man muss auch schauen, ob es technisch möglich ist. Heute wissen wir noch nicht, ob wir 37,5 Prozent schaffen können. Wir dürfen nicht den Fehler machen zu übertreiben und die Industrie, hier die Automobilindustrie, abzuwürgen. Sonst findet Produktion anderswo statt und Arbeitsplätze fallen bei uns weg. Ohne Zweifel wird der Wunsch

Seit 2016 Nordrhein-Westfalens Unternehmerpräsident

Die Familie Kirchhoff stammt aus Iserlohn im Sauerland. Geboren wurde Arndt Günter Kirchhoff in Essen. Nach erfolgreichem Studium des Wirtschaftsingenieurwesens und des Maschinenbaus in Darmstadt, begann seine Karriere bei Babcock in Oberhausen, wo in den 60er Jahren bereits sein Vater, Jochen Friedrich Kirchhoff, studierter Bergbau- und Maschinenbauingenieur, tätig war.

Arndt G. Kirchhoff ist Vorstandsvorsitzender der Kirchhoff Holding mit Sitz in Iserlohn und Attendorf, die mit über 12.000 Beschäftigten mehr als zwei Milliarden Euro Umsatz verzeichnet.

Kirchhoff folgte 2016 dem Iserlohner Unternehmer Horst-Werner Maier-Hunke (Durable) im Amt als Nordrhein-Westfalens Unternehmerpräsident.

nach individueller Mobilität aber bleiben. Er wird in anderen Teilen der Welt sogar noch zunehmen. Dagegen steht eine kleine Interessengruppe hierzulande, die keine individuelle Mobilität möchte. Weil aber die Mehrheit sie will, müssen wir die Bedingungen so gestalten, dass sie technisch möglich und bezahlbar sind. Daher gilt hier das gleiche wie beim Kohleausstieg. Wir müssen, meinetwegen in fünf Jahren, schauen, ob das Ziel erreichbar ist.

NRW-Ministerpräsident Armin Laschet hat auch ehrgeizige Ziele ausgerufen. Ist Nordrhein-Westfalen schon auf der Überholspur?

Der Anfang der neuen Landesregierung war gut. Gerade die Entfesselungspakete sind richtig, also wir sehen eine Entwicklung. Aber da

„Die Europawahl ist für uns das wichtigste Ereignis im Jahr 2019.“

muss noch mehr gehen. Es fehlen nach wie vor neue Industriegebiete, Landeswasser und auch das Naturschutzgesetz sind immer noch auf dem überregulierten Stand der Vorgängerregierung.

Es fehlt Ihnen an Tempo?

Bei den beiden Gesetzen müssen die ideologischen Bremsen jetzt zügig weg. Noch haben wir die komplette Wertschöpfungskette und gut bezahlte Arbeitsplätze in NRW. Das beginnt bei Kies und Sand, damit es gebaut werden kann und reicht

bis zu Stahl und Chemie. Damit das so bleibt, müssen wir in NRW wieder stärker Investitionen in Industrie ermöglichen.

Sie sind engagiert bei der vom Ministerpräsidenten 2018 ins Leben gerufenen Ruhrkonferenz. Gibt es da schon Fortschritte?

Bisher sind nur Arbeitsgruppen eingerichtet, getagt hat noch keine. Bis zur Mitte des kommenden Jahres soll es Ergebnisse geben. Wenn wir aus der Weihnachtspause kommen, muss konzentriert zu Werke gegangen werden. Wir brauchen jetzt Tempo, Leidenschaft und ehrgeizige Ziele. Ein Tempo, bei dem keiner den Spaß verliert. Die Chance, unsere Städte smart umzubauen, war noch nie so groß wie heute in Zeiten der Digitalisierung.

2019 ist Europawahl, welche Bedeutung messen Sie ihr bei?

Noch ist Europa der größte Wirtschaftsraum der Welt. Es ist klug, alle Kräfte zusammen zu bündeln, den Binnenmarkt zu stärken, eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik zu betreiben. Länderübergreifende Projekte wie bei Airbus oder Siemens/Alstom (bei Zügen) helfen, Europa zu einen. Die wichtigsten Werte sind Frieden und Freiheit. Genau diese Werte müssen wir gegen jede Form von Nationalismus verteidigen. Die Europawahl ist für uns also wohl das wichtigste Ereignis im Jahr 2019.

muss die Landesregierung zwingend darauf drängen, dass die beschlossenen Haltepunkte zur Überprüfung der Zwischenziele auch tatsächlich strikt eingehalten werden. Das Rheinische Revier wird von der ersten Abschaltungsphase bis zum Jahr 2022 besonders stark betroffen sein. Den notwendigen Strukturwandel nun ohne echte Vorwarnzeit zu gestalten, ist eine riesige Aufgabe. Das Land muss diesen Prozess effizient steuern und koordinieren. Dabei geht es um weit mehr als nur die Abfederung der sozialen Lasten. Das Rheinische Revier braucht vielmehr nachhaltige Investitionen in Infrastruktur, Forschung und Innovation sowie verlässliche Perspektiven für die Ansiedlung neuer Industrieunternehmen.

Ruhr-Konferenz zum Erfolg führen

Auf Dauer kann NRW nur stark sein, wenn auch das Ruhrgebiet wieder deutlich stärker wird. Hierfür sind große Anstrengungen und mutige Visionen erforderlich. Das Ruhrgebiet hat enorme Potenziale. Die Ruhr-Konferenz wird aber nur dann den notwendigen großen Schritt nach vorne bedeuten, wenn sie sich nicht im Klein-Klein verliert, sondern in großen Linien denkt.

Ein zentrales Ziel muss die Stärkung der wirtschaftlichen Zukunftsfähigkeit sein. Hier brauchen wir eine neue Willkommenskultur für Investitionen, Innovationen und Arbeitsplätze.

Gemeinsamer Anspruch muss es sein, einen neuen Gemeinschaftsgeist zu entfachen und das Ruhrgebiet zu einer der modernsten Regionen Europas zu machen. Dies wird jedoch nicht dadurch gelingen, mit möglichst vielen Einzelmaßnahmen möglichst viele Einzelinteressen zu bedienen. Die Ruhr-Konferenz muss daher durch Projekte mit wirklicher Strahlkraft ein deutliches Signal für einen neuen Aufbruch senden.



Foto: CDA Johris - Zähring

KLARTEXT IM WESTEN

„Wir haben eine starke industrielle Basis. Unsere Unternehmen produzieren seit Jahrzehnten innovative, weltmarktfähige Produkte. (...) So ist die Bruttowertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe mit 83.215 Euro in NRW immer noch deutlich größer als beispielsweise im Dienstleistungssektor (62.048 Euro). (...) Wir dürfen aber auch nicht durch eine einseitig industrie-feindliche Haltung das Fundament unseres Wohlstands gefährden. Dem Trend der Industriemüdigkeit müssen wir uns gemeinsam entgegenstellen. Als Arbeitgeber, Arbeitnehmer und natürlich auch vonseiten der Politik.“

Karl-Josef Laumann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen, 3.12.2018

► www.wirtschaftsblog.nrw





Fotos: unternehmer nrw



ES GEHT LANGSAM VORAN

- Standort NRW muss wettbewerbsfähiger werden
- Entfesselungspakete sind Signale zum Aufbruch
- Meilenstein: Landesentwicklungsplan

Foto: dpa

Der Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen ist nach wie vor weniger wettbewerbsfähig, als er es sein könnte. Eine wesentliche Ursache liegt in den über viele Jahre praktizierten umweltpolitischen Alleingängen unseres Landes und der ausgeferten Bürokratie.

Um diesen Trend umzukehren, hat sich die Landesregierung mit dem aktuellen Koalitionsvertrag auf ein ambitioniertes Arbeitspaket verpflichtet.

Konsequente Entbürokratisierung des Landesrechts notwendig

Die größte Herausforderung besteht darin, das vereinbarte Arbeitspaket auch unverzüglich und konsequent umzusetzen. Für mehr Wettbewerbsfähigkeit gegenüber anderen Bundesländern brauchen die Unternehmen zuallererst eine konsequente Entbürokratisierung des Landesrechts. Als Landesvereinigung haben wir daher eine Entbürokratisierungsstrategie entwickelt, die aus drei Komponenten besteht. Erstens müssen pragmatische Neuregelungen geschaf-

fen werden, Bundes- und Europarecht sind nur noch eins zu eins umzusetzen. Zweitens kann Entbürokratisierung nur gelingen, wenn vor allem im Regelungsbestand umfassend aussortiert wird. Drittens gilt es, die unübersichtliche Sammlung an Verordnungen und Erlassen für den Behördenvollzug zu überprüfen.

Mit Einbringung der ersten drei Entfesselungspakete wurden sinnvolle Sofortmaßnahmen zur Entbürokratisierung beschlossen und Novellen wichtiger Regelungsentwürfe angestoßen. Diese ersten richtigen Schritte sollen in eine



Das Wirtschaftswachstum hat sich in Nordrhein-Westfalen abgeschwächt. Die Wirtschaft des Landes ist 2018 um 0,9 Prozent gegenüber dem Vorjahr gewachsen. Im Jahr 2017 hatte die Wirtschaftskraft um 1,5 Prozent zugelegt. Im Bund hat sich die konjunkturelle Entwicklung noch stärker eingetrübt (1,4 nach zuvor 2,2 Prozent).

Quelle: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder

nachhaltige Entbürokratisierung münden. Dafür müssen über die nächsten Jahre eine Reihe weiterer Entfesselungspakete für mehr Wachstum, Investitionen und Arbeitsplätze in NRW beschlossen werden.

Verkehrswende gestalten

Der konsequente landespolitische Paradigmenwechsel hin zu deutlich gesteigerten Investitionen in Erhalt und Ausbau unserer Verkehrsinfrastrukturen ist unverzichtbar und muss konsequent fortgesetzt werden. Straßen, Schienen und Wasserwege in NRW sind stärker überlastet und trotz massiver Anstrengungen sanierungsbedürftiger als anderswo. Dies hat weiter dramatische Folgen für Wirtschaft und Industrie.

Der verkehrspolitische Masterplan der Landesregierung setzt die richtigen Schwerpunkte, um Straßen, Schienen und Wasserwege so auszubauen, dass sie den zunehmenden Güter- und Personenverkehr wieder störungsfrei bewältigen können. Besonders wichtig ist dabei der begonnene konsequente Ausbau der Planungskapazitäten. Wir brauchen diesen gerade im Bereich der Brücken, damit Schwerlasttransporte wieder auf kürzestem Weg zum Ziel gelangen.

Wir begrüßen es außerdem sehr, dass unser Land endlich wieder in der Lage ist, alle vom Bund zur Verfügung stehenden Mittel auch zu verplanen und damit in konkrete Maßnahmen umzusetzen.

Mit der Etablierung des „Bündnisses für Mobilität“ besteht des Weiteren eine wichtige Plattform, um für die Akzeptanz dringend notwendiger Infrastrukturmaßnahmen zu werben und schnell landesweite Expertise zu vernetzen. Denn eines ist klar: Nur mit einer leistungsfähigen Verkehrsinfrastruktur kann eine nachhaltige Wirtschaftsentwicklung in Nordrhein-Westfalen gelingen.

Bestands- und Umgebungs-schutz von Unternehmen wichtig

Ein wichtiger Meilenstein wurde von der Landesregierung mit der zügigen Erarbeitung von Änderungen am Landesentwicklungsplan (LEP) erreicht. Dieser Plan, der unmittelbar vor der endgültigen

Abstimmung im Landesparlament steht, ist die Grundlage für die räumliche Entwicklung in Nordrhein-Westfalen. Noch hemmen und bremsen viele Regelungen unsere Unternehmen im Wettbewerb. Dies gilt insbesondere für das knappe Angebot an Siedlungs- und Gewerbeflächen, für die technologisch beschränkte Ausweisung von Kraftwerksstandorten sowie die Verkürzung von Abbaueiträumen bei heimischen Rohstoffen. Diese Regelungen waren ein fatales Signal für Investitionen am Standort NRW. Es ist gut und richtig, dass das Kabinett eine deutliche Kurskorrektur beim LEP beschlossen hat. Wir hoffen, dass der Landtag diesen Vorschlägen eins zu eins folgt.

Der Bestands- und Umgebungsschutz von Unternehmen ist ein Thema, das für die erfolgreiche Entwicklung unseres Standortes immer entscheidender wird. Durch heranrückende Bebauung und zunehmende Schutzansprüche werden gewerbliche und industrielle Nutzungen immer öfter eingeschränkt. Um diesen gefährlichen Trend zu durchbrechen, ist das Land gefordert, sein politisches Gewicht noch stärker auf der Bundesebene, insbesondere bei den Debatten zur Novelle der TA Abstand, TA Luft oder der TA Lärm, einzubringen.



Foto: VDA/Thomas Koehler

KLARTEXT IM WESTEN

„NRW hat beste Voraussetzungen, eine Modellregion für die Mobilität von morgen zu werden. Das Commitment der Unternehmen spiegelt sich in den Investitionen wider: So bringen Hersteller und Zulieferer bis 2020 insgesamt rund 40 Milliarden Euro für Forschung und Entwicklung im Bereich der alternativen Antriebstechnologien auf. Die Automobilindustrie verschließt sich nicht der Innovation. Einen großen Beitrag dazu leisten nordrhein-westfälische Hersteller und Zulieferer mit ihren knapp 83.000 Beschäftigten.“

Bernhard Mattes, Präsident des Verbandes der Automobilindustrie, 24.9.2018

► www.wirtschaftsblog.nrw



STANDORT- ATTRAKTIVITÄT SICHERN

- Investitionen in Netze und Speicher notwendig
- Wettbewerbsfähige Strompreise sind essenziell
- Umweltpolitische Alleingänge stoppen

Foto: iStock

Mit dem Endbericht der Bundeskommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ liegt nun eine Strategie vor, die bei ihrer Umsetzung für den Wirtschafts- und Industriestandort NRW von allerhöchster Bedeutung ist. Der bis zum Jahr 2038 in Schritten geplante Ausstieg aus der gesamten Kohleverstromung wird zu einem radikalen Wandel unserer bestehenden industriellen Strukturen führen.

Nordrhein-Westfalen verfügt über einen einmaligen Industrieverbund von Stromerzeugung und energieintensiven Industrien. Wollen wir diesen Wettbewerbs-

vorteil erhalten, muss es uns auch in Zukunft gelingen, die Stromversorgung sicherzustellen und die energieintensiven Industrien als unverzichtbaren Bestandteil unserer industriellen Wertschöpfungsketten zu erhalten. Diese Unternehmen etwa aus der Alu-, Stahl-, Chemie-, Papier- oder Zementindustrie werden nur dann in die notwendigen neuen hocheffizienten Anlagen investieren, wenn der Standort NRW auch in Zukunft attraktiv ist und jederzeit ausreichend Strom und Wärme sicher zur Verfügung stehen. Wir brauchen daher sichere Netze und endlich massive Investitionen in Forschung und Ausbau

von Speichern. Um Strukturbrüche und Blackouts zu verhindern, sind alle wesentlichen Akteure in NRW aufgefordert, gemeinsam ihr Gewicht in Berlin und Brüssel in die Waagschale zu werfen. Andernfalls drohen die industriellen Ketten zu reißen. Zehntausende von Arbeitsplätzen sind dann in Gefahr.

Strompreise belasten Unternehmen in NRW

Von ebenso essenzieller Bedeutung sind wettbewerbsfähige Strompreise. Bereits heute haben wir in Deutschland

die höchsten Strompreise für mittelständische Unternehmen. Unstrittig ist, dass die Umsetzung des Kommissionsberichts zu ausstiegsbedingten Zusatzkosten führen wird. Um dennoch im internationalen Wettbewerb bestehen zu können, sind zuallererst die energieintensiven Betriebe existenziell auf einen Ausgleich dieser Mehrkosten angewiesen.

Wir brauchen darüber hinaus eine verbindliche Deckelung der Strompreise für Wirtschaft und Industrie insgesamt. Es ist dringend notwendig, dass alle Maßnahmen zur Umsetzung der Energiewende so ausgestaltet werden, dass die Kosten für die Endverbraucher – private Haushalte und Wirtschaft – nicht weiter steigen. Andernfalls droht NRW zum endgültigen Verlierer von Kohleausstieg und Energiewende zu werden. Eine vordringliche Aufgabe der kommenden Monate wird die europarechtlich belastbare Ausgestaltung solcher Entlastungen sein.

Die Politik ist nun auf allen Ebenen gefordert, den Kompromiss vollständig umzusetzen. Dabei sind die im Kommissionsbericht festgeschriebenen Haltepunkte in den Jahren 2023, 2026, 2029, 2032 besonders wichtig. Abschaltungen dürfen nur dann erfolgen, wenn alle im Bericht aufgelisteten Vorbedingungen erfüllt sind. Für die Landesregierung ist festzuhalten, dass sie die Energiepolitik auf Bundesebene sehr aktiv mitgestaltet hat. Es ist richtig, dass die gesamten energiepolitischen Herausforderungen und Maßnahmen zur Lösung nun umfassend in einer NRW-Energieversorgungsstrategie ausgearbeitet werden.

Wir begrüßen, dass auf Landesebene die Belange von Wirtschaft und Industrie bei der Energiepolitik weiter fest im Blick sind. Wir erwarten, dass aufbauend auf der Energieversorgungsstrategie auch die angekündigten Novellen des NRW-Klimaschutzgesetzes und des NRW-Klimaschutzplanes erfolgen.

Landeswasser- und Landesnaturschutzgesetz bremsen

Bedauerlich ist, dass die NRW-Wirtschaft auch im dritten Regierungsjahr weiter auf die angekündigten Korrekturen der wettbewerbsschädlichen Regelungen im Landeswassergesetz und im Landesnaturschutzgesetz wartet. Konkrete Entwürfe stehen bis zuletzt aus. Die strikten Regelungen des weiter gültigen Landeswassergesetzes führen zu Eingriffen in die heimische Rohstoffgewinnung. Dadurch droht den vielen Baustellen in unserem Land buchstäblich der Nachschub – insbesondere an Sand, Kies und Kalk – auszugehen. Auch ist es notwendig, die mittelstandsfeindliche Ausdehnung der Dokumentations- und Berichtspflichten auf den bewährten vorherigen Stand des Landeswassergesetzes zurückzuführen.

Ohne die überfällige und im Koalitionsvertrag als zügig angekündigte Überarbeitung des Landesnaturschutzgesetzes werden viele Investoren weiter aufgrund der bundesweit umfassendsten Beteiligungs- und Klagerechte für Naturschutzverbände und weitgehender Ausgleichsregelungen für Betriebsweitererungen und Neuansiedlungen



Foto: Stefan Koch

„NRW ist nicht nur Herzkammer des Wirtschaftsstandorts Deutschland, es ist auch so etwas wie seine Energiezentrale. Ohne die Kraftwerke an Rhein und Ruhr würden die Bundesbürger wahrscheinlich alsbald im Dunkeln sitzen – und die benachbarten Belgier gleich mit. (...) Mit schlichter Abschalt-Logik kommen wir nicht weiter. Für einen erfolgreichen Strukturwandel müssen wir bei den Investitionsanreizen neue Wege gehen. Nur so werden wir industrielle Großprojekte mit guten Jobs in die Kohlereviere holen können.“

Michael Vassiliadis, Vorsitzender der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE), 26.11.2018

► www.wirtschaftsblog.nrw



Quelle: Die WELT, 22.2.19

einen Bogen um NRW machen. Ebenso passen die ausufernde Unterschutzstellung von Flächen sowie langwierige, bürokratische Verfahren nicht zur Struktur des Landes NRW als dicht besiedelter Industriestandort. Bei beiden Gesetzen gilt es, die Handlungsoptionen des Bundesgesetzgebers endlich für Flexibilisierungen statt wie bisher für Verschärfungen zu nutzen.

KLARTEXT IM WESTEN

„NRW ist nicht nur Herzkammer des Wirtschaftsstandorts Deutschland, es ist auch so etwas wie seine Energiezentrale. Ohne die Kraftwerke an Rhein und Ruhr würden die Bundesbürger wahrscheinlich alsbald im Dunkeln sitzen – und die benachbarten Belgier gleich mit. (...) Mit schlichter Abschalt-Logik kommen wir nicht weiter. Für einen erfolgreichen

Strukturwandel müssen wir bei den Investitionsanreizen neue Wege gehen. Nur so werden wir industrielle Großprojekte mit guten Jobs in die Kohlereviere holen können.“

Michael Vassiliadis, Vorsitzender der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE), 26.11.2018

► www.wirtschaftsblog.nrw



GUTE BILDUNG – STARKES LAND

- Bildung fit für die Digitalisierung
- Ökonomische Bildung auf gutem Weg
- Praxistaugliche berufliche Orientierung

Foto: Gerd Kaemper

In ihrem bildungspolitischen Engagement konzentriert sich die Landesvereinigung vor allem auf drei Themenbereiche: MINT-Bildung (zu der auch das Thema Digitalisierung gehört), ökonomische Bildung und berufliche Orientierung. Erfreulicherweise ist in diesen Feldern aktuell einiges in Bewegung, wichtige Weichen werden gestellt.

Kompetenzen für die Digitalisierung

Junge Menschen auf die Anforderungen der Digitalisierung vorzubereiten, ist

eine zentrale Herausforderung für das Bildungssystem. unternehmer nrw begrüßt daher, dass das Schulministerium NRW verschiedene Initiativen hierzu auf den Weg gebracht hat – etwa die „Digitaloffensive Schule NRW“, die Verankerung digitaler Inhalte in den neuen Lehrplänen der Sekundarstufe I am Gymnasium oder die Neufassung des Medienkompetenzrahmens NRW.

WichtigsteinekonsequenteUmsetzung in den Schulen. Dafür müssen die Schulen gut ausgestattet und die Lehrkräfte entsprechend weiterqualifiziert werden. unternehmer nrw setzt sich

daher dafür ein, dass die Mittel aus dem Digitalpakt Schule zügig an den Schulen ankommen.

Wie Bildung fit für die Digitalisierung gemacht wird und wo Wirtschaft einen Beitrag leisten kann, waren auch zentrale Fragen im Gespräch des Vorstandes von unternehmer nrw mit Schulministerin Yvonne Gebauer am 21. Mai 2019. Einigkeit bestand darin, dass digitale Bildung nur mit einem Dreiklang aus Inhalten, Ausstattung und Methoden/Kompetenzen der Lehrkräfte erfolgreich umgesetzt werden kann. Die Vertreter von unternehmer nrw mahnten

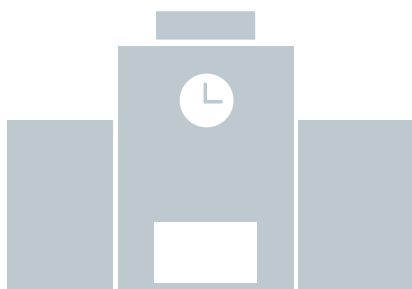
SCHULFACH WIRTSCHAFT – WAS WANN WO

■ Zum Schuljahr 2019/20:

Gymnasium: Fach „Wirtschaft-Politik“

■ Zum Schuljahr 2020/21:

Realschule: Fach „Wirtschaft“
 Hauptschule: Lernbereich „Wirtschaft und Arbeitswelt“
 Gesamtschule/Sekundarschule: Fach „Wirtschaft-Politik“



hierbei eine höhere Geschwindigkeit an. Sie sagten aber auch Unterstützung zu, etwa wenn es darum geht, Digitalisierung für Lehrkräfte und Schüler anschaulich zu machen.

Schulfach Wirtschaft kommt

Die Pläne der Landesregierung, in den verschiedenen Schulformen ein Fach für das Thema Wirtschaft einzuführen, begrüßt unternehmer nrw ausdrücklich. Eine fundierte ökonomische Bildung ist wichtig und gehört zur Allgemeinbildung, die in der Schule vermittelt werden muss. unternehmer nrw hat sich seit Langem hierfür eingesetzt.

Für eine erfolgreiche Umsetzung der neuen Fächer sind verschiedene Aspekte zentral: Ökonomische Prinzipien und Zusammenhänge sowie ein ausgewogenes, differenziertes und breit angelegtes Themenspektrum müssen fundiert im Lehrplan verankert werden. Hinzu kommen eine ausreichende Stundenzahl für das jeweilige Fach, eine eigenständige Lehrerausbildung, ausreichende Fortbildungsangebote sowie ein enger Praxisbezug.

Die Landesvereinigung hat die genannten Erfolgsfaktoren in ihrer Stellungnahme zum Lehrplan für das Fach „Wirtschaft-Politik“ in der Sekundarstufe I des Gymnasiums aufgegriffen. Sie hat zudem hervorgehoben, wie wichtig es

ist, dass bei der Vermittlung von Wirtschaftsthemen jeweils verschiedene Rollen und Perspektiven (zum Beispiel Produzent/Verbraucher; Arbeitnehmer/Arbeitgeber) eingenommen und sowohl Herausforderungen als auch Chancen in den Blick genommen werden.

Gerne unterstützt unternehmer nrw bei der Umsetzung der neuen Fächer – zum Beispiel durch Fortbildungsangebote für Lehrkräfte oder bei der Vermittlung von Praxiskontakten, die für einen anschaulichen Wirtschaftsunterricht wichtig sind.

Initiative „Kein Abschluss ohne Anschluss“ gestärkt

Die Umsetzung der Initiative „Kein Abschluss ohne Anschluss“ (KAoA), die

unternehmer nrw gemeinsam mit den anderen Partnern des Ausbildungskonsenses NRW im Jahr 2011 initiiert hatte, ist eine kontinuierliche Aufgabe.

unternehmer nrw setzt sich dafür ein, dass die berufliche Orientierung verbindlich an allen Schulen verankert und als systematischer Prozess umgesetzt wird.

Zu begrüßen ist, dass sich KAoA als lernendes System versteht. So sind unter Beteiligung von unternehmer nrw neue Elemente entwickelt und Veränderungen im Sinne der Praxistauglichkeit vorgenommen worden. Als neues Angebot steht beispielsweise KAoA-kompakt zur Verfügung, das unternehmer nrw zur Unterstützung der Integration junger Geflüchteter gefordert hatte. KAoA-kompakt ermöglicht diesen nun, zentrale Bausteine von „Kein Abschluss ohne Anschluss“ komprimiert nachzuholen.

Für die Sekundarstufe II sind drei Berufsorientierungsinstrumente neu entwickelt worden, die an den bisherigen Berufsorientierungsprozess der Schüler anknüpfen und ihn systematisch fortsetzen. Aus Sicht von unternehmer nrw ist es wichtig, dass bei der Umsetzung in der Sekundarstufe II sowohl das Studium als auch die duale Ausbildung im Blick sind.



Foto: Jochen Rolffes

KLARTEXT IM WESTEN

„Christliche wie auch eine am Markt orientierte freiheitliche Ethik sind keine Konkurrenten, sondern Verbündete. Dabei geht es um nicht weniger als die Rettung des Menschen als freiheitliches Subjekt und um das Bewusstsein seiner Würde als Gottes Ebenbild. Mit einer gemeinsamen Werteidee können wir ebenso christlich wie freiheitlich Markt und Menschlichkeit versöhnen, Handel treiben und Technologie einsetzen oder eben nicht.“

Rainer Maria Woelki, Kardinal der römisch-katholischen Kirche und Erzbischof von Köln, 21.1.2019

► www.wirtschaftsblog.nrw



IMPULSE ZUR FACHKRÄFTE- SICHERUNG

- Wirtschaft steigert Ausbildungsengagement
- Berufliche Bildung an Berufsschulen stärken
- Hochschulen erhalten mehr Eigenverantwortung

Foto: unternehmer nrw

Fachkräftengpässe nehmen auch in NRW weiter zu und betreffen sowohl akademische Berufe wie auch in zunehmendem Maße beruflich qualifizierte. Es gilt daher, wieder mehr junge Menschen für eine duale Ausbildung zu begeistern. Hochschulen müssen stärker auf die Anforderungen der Digitalisierung vorbereiten.

Attraktivität der Ausbildung im Blick

Im Spitzengespräch Ausbildungskonsens am 18. Februar 2019 hat unternehmer

nrw gemeinsam mit den anderen Partnern drei Beschlüsse gefasst: Vereinbart wurde, dass im Herbst 2019 eine umfassende Evaluation von „Kein Abschluss ohne Anschluss“ (KAoA) in Auftrag gegeben wird und die Partner gemeinsam ein Konzept dafür erarbeiten. Zum Zweiten haben die Partner beschlossen, das Ausbildungsprogramm NRW der Landesregierung, mit dem in den Jahren 2018 bis 2021 jeweils 1.000 zusätzliche Ausbildungsplätze gefördert werden, zu begleiten und weiterzuentwickeln. Zum dritten wurde im Spitzengespräch vereinbart, gemeinsam ein Konzept zu erarbeiten, das die Chancen und Perspektiven

der beruflichen Bildung sichtbarer machen soll. Ziel ist, eine gesellschaftliche Debatte anzustoßen, mit der die Stärken und Vorteile der beruflichen Bildung herausgestellt und die Attraktivität dieses Bildungswegs hervorgehoben werden. unternehmer nrw hat die Federführung in der für dieses Konzept zuständigen Arbeitsgruppe „Attraktivität“.

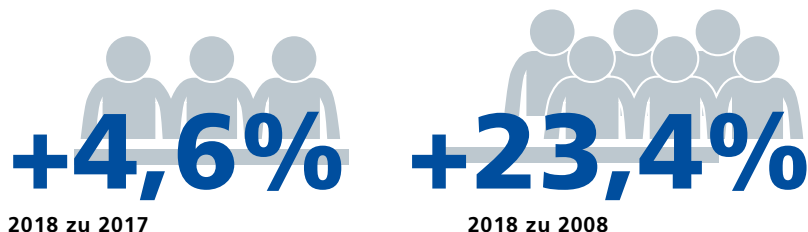
Agenda zur Stärkung der beruflichen Bildung

Die Landesregierung hat einen Prozess zur Erarbeitung einer „Agenda zur Stär-

AUSBILDUNGSMARKT NRW – WIRTSCHAFT ERHÖHT ANGEBOT

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Zuwachs an betrieblichen Ausbildungsplätzen:



„Kommunikation der Beruflichen Bildung“ gestartet, in den auch unternehmer nrw eingebunden ist. Eine solche Agenda ist sehr zu begrüßen, denn die berufliche Bildung ist zentraler Baustein für die Fachkräftesicherung der Unternehmen. Diese stehen allerdings vor erheblichen Herausforderungen – zum Beispiel einer zunehmenden Zahl unbesetzter Ausbildungsplätze.

Wichtige Ansatzpunkte zur Stärkung der beruflichen Bildung sind eine fundierte berufliche Orientierung an allen allgemeinbildenden Schulen, die immer auch die duale Ausbildung im Blick hat, sowie eine gute Aufstellung des dualen Partners Berufsschule bei Digitalisierung, Ausstattung und Lehrkräftesicherung.

Berufsschulen – Partner der Wirtschaft

Die Berufsschulen sind der Partner der Betriebe in der dualen Ausbildung. Die Zusammenarbeit beider Seiten ist wichtig für eine starke Berufsbildung. Die Herausforderungen und Handlungsbedarfe hat unternehmer nrw gemeinsam mit IHK NRW und WHKT in dem Papier „Berufskollegs als Partner der Wirtschaft“ formuliert.

Zentrales Anliegen der Wirtschaft ist, die duale Ausbildung ins Zentrum der Arbeit der Berufskollegs zu stellen. Außerdem spricht sich die Wirtschaft für gute Rahmenbedingungen für die Berufskollegs

aus, wozu insbesondere eine moderne Ausstattung und die Sicherstellung des Lehrkräftenachwuchses gehören.

Hochschulen – richtiger Weg zurück zu mehr Eigenverantwortung

Den Hochschulen in NRW wieder mehr Freiheit und Gestaltungsspielraum zu geben, ist Ziel des „Gesetzes zur Änderung des Hochschulgesetzes NRW“ der Landesregierung. unternehmer nrw hat dieses Ziel in einer Stellungnahme zum Referentenentwurf ausdrücklich begrüßt. Richtig ist, dass mit dem Gesetz zentralistische Steuerungsinstrumente zurückgenommen, die Rolle der Hochschulräte wieder gestärkt und der

Fokus auf die Qualität von Studium und Lehre gelegt wird. Die Hochschulen sind gefordert, die neuen Spielräume zu nutzen und insbesondere den Weg der Digitalisierung weiter intensiv zu beschreiten.

Ein stärkerer Fokus sollte in der Hochschulpolitik auf die Kooperation zwischen Hochschulen und Wirtschaft gerichtet werden. Hier hat das Land mit einer vielfältigen Hochschullandschaft ein Pfund, das es stärker zu nutzen gilt. Der Transfer zwischen Wissenschaft und Wirtschaft ist für unternehmer nrw daher in verschiedenen Landesgremien wie der „Initiative Wirtschaft und Arbeit 4.0“ ein wichtiges Anliegen.

Ausbildung bleibt modern

Ausbildungsberufe wurden schon immer an den Wandel in der beruflichen Praxis angepasst, aktuell durch die Digitalisierung mit neuer Dynamik. Zum Ausbildungsbeginn im August 2018 sind 25 neue beziehungsweise modernisierte Ausbildungsberufe an den Start gegangen, beispielsweise der Beruf „Kaufmann/-frau im E-Commerce“ sowie neue, digitalisierte Zusatzqualifikationen für Metall- und Elektroberufe.



Foto: DBT/Stella von Saldern

KLARTEXT IM WESTEN

„Was vor Ort entschieden und gemacht werden kann, muss dort, und nicht auf europäischer Ebene, entschieden werden. Hier darf sich die EU nicht einmischen. Aber dort, wo wir wollen, dass Europa handelt, muss es auch handeln können. Mit einem Parlament, das wie in Deutschland auch Gesetze einbringen kann. Mit einer Regierung, die man bei einer schlechten

Leistung auch abwählen kann. Kurzum: Mit einer neuen Kompetenzordnung und demokratischen Institutionen, die leicht verständlich, handlungsfähig und zugänglich sind.“

Martin Schulz MdB, von 2012 bis 2017
Präsident des Europäischen Parlaments, 16.5.2019

► www.wirtschaftsblog.nrw



DIE CHANCEN DES DIGITALEN WANDELS

- Potenziale nutzen, Infrastruktur ausbauen, Rahmenbedingungen verbessern
- NRW zum Leitmarkt für Industrie 4.0 machen
- Innovationstransfer in die Praxis stärken

Foto: Fraunhofer IGD

Die Digitalisierung bietet für NRW mit seiner starken industriellen Basis enorme Chancen, besonders im Hinblick auf Industrie 4.0. Allerdings ist die Digitalisierung auch in NRW kein Selbstläufer. Das Land muss den Wirtschafts- und Industriestandort NRW noch konsequenter für die Herausforderungen der Digitalisierung fit machen.

Digitalstrategie NRW konsequent umsetzen

unternehmer nrw begrüßt, dass die Landesregierung die „Strategie für das di-

gitale Nordrhein-Westfalen“ erarbeitet hat. Denn Digitalisierung erfordert eine Gesamtstrategie, die die verschiedenen Politikbereiche und Handlungsfelder miteinander verknüpft. Nur so kann es gelingen, das Land zu einem führenden Standort der Digitalisierung zu machen.

In den Beteiligungsprozess zur Erarbeitung der Strategie hat sich unternehmer nrw mit einer Stellungnahme eingebracht. Sie hat darin betont, dass die Chancen der Digitalisierung mit den richtigen Rahmenbedingungen konsequent genutzt werden müssen. Dabei muss auf den Stärken NRW – insbe-

sondere der Industrie – aufgebaut werden. Zu begrüßen ist, dass die Landesregierung diesen Aspekt in der Strategie nachgeschärft hat, beispielsweise durch die ausdrückliche Botschaft, NRW solle „der weltweite Leitmarkt für Industrie 4.0“ werden. Die Strategie muss nun entschlossen umgesetzt werden. Hierzu gehört insbesondere der zügige und lückenlose Ausbau des Gigabit-Netzes sowie der 5G-Technologie im Mobilfunk.

Nordrhein-Westfalen braucht jetzt Tempo, wenn das Land nicht schon bei den infrastrukturellen Grundlagen den Anschluss verlieren will.

Digitale Infrastruktur sicherstellen

Neben dem zügigen Ausbau des Gigabitnetzes gilt es, in diesem Jahr die zugesagte Grundversorgung mit Breitbandanschlüssen vollständig lückenlos sicherzustellen. Zwar konnte die Breitbandversorgung seit Mitte 2017 deutlich verbessert werden, aber aktuell fehlt in fünf Prozent aller Haushalte nach wie vor der Anschluss an eine Grundversorgung mit schnellem Internet. Besonders besorgniserregend ist, dass gerade bei Industrie- und Gewerbegebieten die Unterversorgung weiter deutlich größer ist. Damit wurde der von Land und Bund bis Ende 2018 zugesagte flächendeckende Breitbandausbau verfehlt.

Der von der Landesregierung vorgestellte Gigabit-Masterplan ist ein wichtiger Impuls. Mit der starken Fokussierung auf den Anschluss von Industrie- und Gewerbegebieten sowie Schulen werden die richtigen Prioritäten gesetzt. Aktuell verfügen jedoch erst neun Prozent der kommunalen Industrie- und Gewerbegebiete über zukunftsfähige Gigabitanschlüsse. Um den von der Landesregierung zugesagten vollständigen Anschluss dieser Gebiete bis 2022 auch tatsächlich zu realisieren, gilt es, Geschwindigkeit und Umfang des Ausbaus deutlich zu erhöhen.

Digitalen Wandel gestalten

In der „Initiative Wirtschaft und Arbeit 4.0“ der Landesregierung setzt sich unternehmer nrw dafür ein, den digitalen Transformationsprozess bedarfsgerecht zu flankieren. Ein Thema, das auf Initiative des Verbandes aufgegriffen wurde, ist der Innovationstransfer zwischen Wissenschaft und Wirtschaft. Ihn gilt es auch durch niederschwellige Unterstützungsangebote auszubauen. Weitere Themen der Initiative sind die Künstliche Intelligenz (KI), die Qualifi-

zierung der Beschäftigten sowie der Datenschutz. Hier gilt es, die konkreten Unterstützungsangebote für Unternehmen (zum Beispiel Kompetenzplattform KI.NRW) sichtbar zu machen und gute Beispiele (zum Beispiel digitale Bildungsangebote) auf eine breitere Basis zu stellen. Der Landtag NRW hat im Herbst 2018 die Enquetekommission „Digitale Transformation der Arbeitswelt in Nordrhein-Westfalen“ eingerichtet. In einer Anhörung der Enquetekommission hat unternehmer nrw betont, dass die Sozialpartnerschaft maßgeblich dazu beitragen kann, die Chancen der Digitalisierung zu nutzen. Notwendig sind dafür politische Rahmenbedingungen, die die Gestaltungskraft der Sozialpartner stärken und nicht einschränken.

Arbeitswelt 5.0?!

In der Arbeitswelt der Zukunft wird Künstliche Intelligenz (KI) neue Chancen eröffnen. Im Rahmen des BMBF-Forschungsprojekts Prävention 4.0 hat METALL NRW als Value Partner mit dem Institut für angewandte Arbeitswissenschaft (ifaa), Betrieben und weiteren Arbeitgeberverbänden die Potenzialanalyse „Arbeit 4.0“ entwickelt. Sie unterstützt Unternehmen bei der Einführung und Nutzung von KI und

STICHWORT: KI

■ Künstliche Intelligenz (KI) ist der Überbegriff für Anwendungen, bei denen Maschinen menschenähnliche Intelligenzleistungen erbringen. Darunter fallen beispielsweise das maschinelle Lernen und das Verarbeiten natürlicher Sprache. Die Grundidee besteht darin, durch Maschinen eine Annäherung an wichtige Funktionen des menschlichen Gehirns (Lernen, Urteilen und Problemlösen) zu schaffen.

stellt Beispiele guter Praxis für eine gesunde, sichere und produktive Arbeit mit KI vor. Die Einführung von KI-Instrumenten oder lernenden Arbeitssystemen wird in Betrieben Änderungen von Arbeitsabläufen und -prozessen sowie neue Anforderungen an Beschäftigte bewirken: Stellenbeschreibungen und Aufgabenprofile müssen an die durch die digitale Transformation ausgelösten Veränderungen angepasst werden. Daraus ergeben sich unter anderem Fragen der tariflichen Eingruppierung, dem flexiblen Arbeitseinsatz von Belegschaften, der Gestaltung mobiler Arbeitsformen. Die Arbeitswirtschaft und die Verbandsingenieure begleiten diesen Prozess und beraten die Unternehmen in der Praxis.



Foto: E.ON, Martin Leclaire

KLARTEXT IM WESTEN

„Im Revier ist es weitaus besser gelungen, Brüche zu vermeiden, als in anderen altindustriellen Regionen der Welt. Wird uns das auch in Zukunft gelingen, wenn die Digitalisierung alle Branchen erfasst? Ich bin hier vorsichtig optimistisch: Vorsichtig, weil Breite und Dynamik des gegenwärtigen Wandels alles Bisherige übersteigen; optimistisch, weil ich sehe, was sich im Lande tut. Wir haben eine vielseitige Forschungslandschaft, wir haben hungrige Start-ups und wir haben nach wie vor eine Mentalität des „Zupacken – nicht jammern“.“

Dr. Johannes Teyssen,
Chief Executive Officer E.ON SE, 17.9.2018

► www.wirtschaftsblog.nrw



REKORD BEI BESCHÄFTIGUNG, FACHKRÄFTE GESUCHT

- Chancen für Langzeitarbeitslose nutzen
- Prinzip des Förderns und Forderns erhalten
- Mit Fachkräften Zukunft sichern

Foto: Jürgen Schulzki

Potenziale auf dem Arbeitsmarkt erschließen

Mit 9,5 Millionen Erwerbstätigen befindet sich die Beschäftigung in NRW auf Rekordniveau. Viele Unternehmen können ihre offenen Stellen nicht besetzen, und Fachkräftengpässe werden zu einer echten Herausforderung. Dem stehen 635.000 Arbeitslose, davon 250.000 langzeitarbeitslose Menschen, gegenüber.

Vor diesem Hintergrund ist es notwendig, durch gezielte Anstrengungen alle Potenziale auf dem Arbeitsmarkt zu erschließen:

Langzeitarbeitslosigkeit reduzieren

Das sogenannte Teilhabechancengesetz zur Senkung von Langzeitarbeitslosigkeit, mit dem Instrumente zur öffentlich geförderten Beschäftigung durch den Bund deutlich ausgebaut wurden, sieht unternehmer nrw kritisch. Die Landesvereinigung begleitet die Umsetzung in NRW dennoch konstruktiv mit dem Ziel, Langzeitarbeitslose nachhaltig auf dem ersten Arbeitsmarkt zu integrieren. Im Begleitgremium des Landes setzt sich unternehmer nrw dafür ein, dass eine verbindliche Einbindung der Sozialpartner vor Ort erfolgt, um Verdrängungseffekte auf dem Arbeitsmarkt zu vermei-

den und Potenziale in Unternehmen für die Zielgruppe zu erschließen.

Erreicht werden konnte, dass dies in einer gemeinsamen Erklärung im Januar 2019 mit dem Arbeitsministerium NRW, dem DGB, der Bundesagentur für Arbeit (BA) und weiteren Partnern vereinbart wurde. Die Umsetzung unterstützt unternehmer nrw unter anderem durch regelmäßige Erfahrungsaustausche für die Arbeitgebervertreter in den regionalen Gremien, in denen auch Erfolgsfaktoren für eine nachhaltige Integration der Langzeitarbeitslosen identifiziert und mit der Landespolitik diskutiert werden.



250.000

Langzeitarbeitslose gibt es 2018 in NRW.

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Fördern und Fordern beibehalten

Die Diskussion um die Reformierung der Grundsicherung und der Arbeitslosenversicherung bereitet der Landesvereinigung Sorgen. unternehmer nrw setzt sich für einen Erhalt des Prinzips des „Förderns und Forderns“ ein und spricht sich auch für das Beibehalten von Sanktionen aus. Zudem warnt unternehmer nrw vor einer Ausweitung des Arbeitslosengeldes I, da längere Ansprüche keine nachhaltigen Brücken in den Arbeitsmarkt bauen. Statt über Leistungsausweitungen nachzudenken, muss eine weitere Beitragssenkung in Betracht gezogen werden.

Potenziale von Migranten besser erschließen

Integration ist kein Selbstläufer, sondern bedarf systematischer Anstrengungen und klarer Regeln. Als Mitglied im Beirat zur Teilhabe und Integration des Landes, der eine Integrationsstrategie 2030 erarbeiten soll, setzt sich unternehmer nrw für eine ressortübergreifende Integrationsstrategie mit verbindlichen Zielen und Maßnahmen ein. Die Landesvereinigung fordert insbesondere mehr Anstrengungen für Bildung und Qualifizierung von Personen mit Migrations- und Fluchthintergrund als zentrale Voraussetzung für eine erfolgreiche Integration in Arbeit und Ausbildung.

Fachkräftesicherung durch Vereinbarkeit ermöglichen

unternehmer nrw begrüßt die Anstrengungen der Landesregierung zum Ausbau und Qualitätssteigerungen des Kinderbetreuungsangebots. Gegenüber der Politik wird der konkrete Bedarf für

eine bessere Vereinbarung von Beruf und Familie etwa im Hinblick auf flexiblere Betreuungszeiten aufgezeigt. Der Entwurf zur KiBiz-Novelle greift bereits viele Forderungen auf, muss aber um Möglichkeiten zur Aufnahme während des Kindergartenjahres und zur Förderung von betrieblicher Kinderbetreuung nachgebessert werden.

Angebote zur Prävention vernetzen

unternehmer nrw begleitet das immer wichtiger werdende Thema betriebliche Gesundheitsförderung (BGF) in zahlreichen Gremien und setzt sich etwa im Begleitgremium der BGF-Koordinierungsstelle NRW für die Ausrichtung der Angebote zur Gesundheitsförderung auf den konkreten Bedarf der Unternehmen ein. Als Mitglied der Landesinitiative Gesundheitsförderung und Prävention fordert unternehmer nrw die bessere Vernetzung von vorhandenen Präventionsangeboten.

Arbeitsschutz ist Chefsache!

Das Arbeitsschutzgesetz sieht vor, dass Arbeitgeber auf die flächendeckende Umsetzung betrieblicher Gefährdungsbeurteilungen unter Berücksichtigung sowohl physischer als auch psychischer Belastungen hinwirken. Das Kompaktverfahren Psychische Belastung (KPB) stellt hierfür ein praxisorientiertes Werkzeug dar, das betriebliche Praktiker durch die Gefährdungsbeurteilung führt. Zahlreiche Mitgliedsunternehmen wurden arbeitswirtschaftlich von den Experten von METALL NRW/unternehmer nrw betreut.

3 FRAGEN ZUR SACHE



Foto: unternehmer nrw

Claudia Dunschen, Arbeitsmarktpolitik

„LANGZEITARBEITSLOSIGKEIT: ZIEL MUSS IMMER DER ERSTE ARBEITSMARKT SEIN“

Warum kritisieren Sie öffentlich geförderte Beschäftigung (öGB)?

Eine langfristig angelegte öGB sendet falsche Signale an die Teilnehmer, da ihnen eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung suggeriert wird, die keine ist. Das erschwert langfristig den Übergang in den regulären Arbeitsmarkt. Daher kann öGB nur das letzte Mittel sein und als Türöffner fungieren. Ziel jeder Integration muss der erste Arbeitsmarkt sein.

Wieso ist die Einbindung der Sozialpartner in den Beiräten der Jobcenter wichtig?

Die Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter kennen den regionalen Arbeitsmarkt am besten und können gut einschätzen, wo Verdrängung regulärer Beschäftigung droht und wo sich nachhaltige Integrationschancen bieten. Zudem können sie in ihrer Multiplikatorenrolle zur Akzeptanz auf allen Seiten beitragen.

Was ist bei der Umsetzung durch die Jobcenter besonders wichtig?

Es kommt darauf an, die bisherigen Vermittlungshemmnisse der Teilnehmer zielorientiert zu beseitigen. Das bedarf einer ganzheitlichen Betrachtung der verschiedenen Problemlagen und eines, wie im Teilhabechancengesetz vorgesehenen, begleitenden Coachings. Die Ansprache von Arbeitgebern ist nicht zu vernachlässigen, denn nur mit ihnen kann die Integration gelingen. Die Vergütung wird von den Tarifpartnern der jeweiligen Branche festgelegt.



EUROPA IST DER HEIMAT-MARKT

- Mehr Einsatz für die europäische Idee gefordert
- In großen Linien denken, statt im Klein-Klein verlieren
- NRW-Wirtschaft schaut mit Sorge nach Großbritannien: Wappnen für den Brexit

Foto: unternehmer nrw

NRW im Herzen Europas profitiert wie kaum ein anderes Bundesland von der europäischen Einigung. Doch selten zuvor war es so wichtig, sich für die europäische Idee einzusetzen. 2019 ist ein entscheidendes Jahr für Europa: Mitten im Spannungsfeld von Brexit und zunehmendem Nationalismus – beides rüttelt an den Fundamenten der Europäischen Union – fand im Mai die Europawahl statt.

Die Klausurtagung des Vorstands von unternehmer nrw im November 2018 stand im Zeichen „Die EU vor den Europawahlen.“ Im Dialog mit Vertretern aus Politik, Medien und Verbänden er-

hielten die Teilnehmer ein umfassendes Bild der ernstesten Lage. Eines wurde klar: Der Ausgang der Wahl ist mehr denn je entscheidend für die Zukunft Europas.

„NRW. Zukunft. Europa!“

Im Anschluss an die Brüsseler Gespräche beschloss der Vorstand, im Jahr der Europawahl in Nordrhein-Westfalen eine breite europapolitische Debatte anzustoßen und verstärkt für die herausragende Bedeutung Europas für Wohlstand und Arbeitsplätze in NRW einzustehen. Das im Vorstand beratene und in der Ascher-

mittwoch-Presskonferenz am 6. März 2019 vorgestellte wirtschaftspolitische Papier zur Europawahl 2019 „NRW. Zukunft. Europa!“ bündelt die wirtschafts- und sozialpolitischen Positionen.

Arbeitnehmermobilität stärken

Mit seinem Brüsseler Büro begleitet unternehmer nrw die Gesetzgebungsprozesse in der EU frühzeitig und kontinuierlich und vertritt die NRW-Interessen mit Nachdruck. unternehmer nrw hat sich in den vergangenen Jahren gemeinsam

mit seinen Dachverbänden massiv für die Verbesserung der Arbeitnehmermobilität in Europa eingesetzt. Durch die im Juli 2018 in Kraft getretene Entsenderichtlinie wird die Mobilität jedoch eindeutig erschwert. Die Regelungen sind bis Juli 2020 in nationales Recht umzuwandeln. unternehmer nrw fordert in Zusammenarbeit mit den Dachverbänden, die negativen Auswirkungen zu minimieren. Es bedarf einer Eins-zu-eins-Umsetzung, Ausnahmeregelungen vom Anwendungsbereich der Richtlinie sowie belastbarer Arbeitgeber-Informationen. Hierzu ist der neu geschaffenen EU-Arbeitsbehörde der bestmögliche Mehrwert abzugewinnen. Ihre Aufgabe muss darin liegen, verlässliche Informationen zu den Entsenderegulungen bereitzustellen.

Die Trilog-Einigung im Rahmen der Revision der Verordnung 883/2004 zur Koordinierung der sozialen Sicherungssysteme versprach hingegen Ausnahmen

von der Pflicht zur Beantragung der A1-Bescheinigung für Dienstreisen. Auf der Zielgeraden fand der Vorschlag jedoch keine Mehrheit der Mitgliedstaaten im Rat der EU.

Damit ist die Überarbeitung der Verordnung zunächst gescheitert. Es ist von größter Bedeutung, dass das Thema nach den Europawahlen erneut zur Diskussion gestellt wird. Dafür wird sich unternehmer nrw gemeinsam mit den Dachverbänden starkmachen.

Einstimmige EU-Sozialpolitik beibehalten

Die Kommissionsinitiative zur Ausweitung der Mehrheitsentscheidungen in der EU-Sozialpolitik ist verfehlt. Die EU hat die Mitgliedstaaten im Bereich der Sozialpolitik lediglich zu unterstützen und zu ergänzen, wobei besonders sen-

sible Bereiche der Einstimmigkeit unterliegen. Diese grundlegende Regel sollte beibehalten werden, um die Vielfalt und Heterogenität der nationalen Sozialsysteme zu respektieren.

Brexit: Nächstes Kapitel

Nach monatelangem Ringen haben die EU und das Vereinigte Königreich im letzten Augenblick eine Verschiebung des Brexits bis spätestens 31. Oktober 2019 vereinbart. Können sich die Akteure zuvor auf ein Abkommen einigen, ist auch ein früherer Austrittstermin möglich. Aufgrund vieler Unwägbarkeiten sollten Unternehmen sich aber weiterhin auch für die Möglichkeit eines unregelmäßigten Brexits wappnen. Begleitend dazu sind die besonderen Interessen unseres Bundeslandes und der NRW-Wirtschaft weiter mit Nachdruck in die Verhandlungen einzubringen.



Foto: unternehmer nrw

3 FRAGEN ZUR SACHE

„WIRTSCHAFTLICHER ERFOLG IST DIE GRUNDLAGE FÜR EIN SOZIAL STARKES EUROPA“

Muss die EU sozialer werden?

Europa ist dank der EU bereits der weltweit sozialste Kontinent. In den letzten zehn Jahren hat Europa die Sozialstandards massiv erhöht. Und: Mehr als 40 Prozent der weltweiten Sozialausgaben werden in der EU erbracht, obwohl Europa nur sieben Prozent der Weltbevölkerung und 25 Prozent der weltweiten Wirtschaftsleistung beheimatet. Um die Menschen für Europa zu begeistern, müssen wir diese Errungenschaften viel stärker herausstellen, statt weitere nicht erfüllbare Erwartungen zu wecken.

RAin
Isabelle Oster,
Internationales &
Europa,
Leitung Büro
Brüssel

Brauchen wir einen EU-Mindestlohn?

Nein, die EU würde mit einer solchen Regelung ihre Kompetenzen überschreiten und in Wettbewerbsverhältnisse der Mitgliedstaaten eingreifen. Jedes Land ist frei, eigene Mindestlöhne festzusetzen. Die wirtschaftlichen Standortfaktoren sind abseits des Lohns völlig unterschiedlich. Das muss berücksichtigt werden. Pauschale Vorgaben gehen an der Realität vorbei.

Wie schaffen wir ein sozial starkes Europa?

Nur auf Grundlage wirtschaftlichen Erfolgs schaffen wir ein sozial starkes Europa. Die angespannte soziale Lage in Teilen der EU ist nicht auf zu wenig Sozialpolitik zurückzuführen, sondern auf mangelnde wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit und mangelnde Attraktivität der Arbeitsmärkte. Der Standort Europa muss durch eine auf globale Wettbewerbsfähigkeit ausgerichtete Reformpolitik attraktiver werden. Nachhaltiges Wirtschaftswachstum ist die Basis für Beschäftigung und eine nachhaltige soziale Dimension der EU.

#FlaggezeigenfürEuropa

NRW-Unternehmerpräsident fordert von allen Firmen: Hisst die blaue Flagge mit den 12 Sternen

„Europa ist das größte Friedensprojekt!“

Nach Aufruf des Verbandspräsidenten

Voll Europa-beflaggt: Die Villa WESCO des gleichnamigen Haushaltswarenherstellers in Arnsberg



NRW-Unternehmer flaggen für Europa



„So, jetzt erst recht. Ich glaube ich beteilige mich lieber an meinem Europa.“



Der Europäische Binnenmarkt ist die Grundlage für den Erfolg und den Wohlstand Europas.

#FlaggezeigenfürEuropa

unternehmer nrw



Wirtschaft sieht EU von Populisten bedroht

Arndt G. Kirchhoff, Präsident von Unternehmer NRW, wirbt bei Firmen und Beschäftigten nachdrücklich für eine Beteiligung an der Europawahl im Mai



Von Anna Heinecke
Düsseldorf. Ein nüchternes Blick auf die Zahlen sagt bereits schon alles: Nordrhein-Westfalen exportiert fast zwei Drittel aller Waren, Güter und Dienstleistungen in eines der EU-Mitgliedsländer. „Europa ist der Heimatmarkt von Nordrhein-Westfalen“, sagt Arndt G. Kirchhoff, der in diesen Tagen nicht nur als Chef des stichstärksten Automobilherstellers der



„Hunderttausende Arbeitsplätze ab“, mahnt Kirchhoff. Eine Wahlsiegung gibt der Präsident selbstverständlich nicht ab. „Jeder ist frei.“ Eine Hoffnung hat er indes doch: Dass statt zuletzt 40 mindestens 60 Prozent zur Wahl gehen. Andernfalls drohe ein mehrheitlich nicht demokratisches Europa-Parlament. „Und dann ist die Geschichte der EU zu Ende: Wir dürfen nicht zulassen, dass Populisten und Extremisten unser Europa zerstören.“

Wirtschaftsdaten zu NRW und Europa
NRW exportierte 2018 im Wert von 129 Milliarden Euro in die EU-Mitgliedsländer (Die Importe aus EU-Ländern beliefen bei 146 Mrd. Euro (60,4 Prozent)).
In NRW ist der Export in die EU mit einem Anteil von 65,7 Prozent höher als im Bundesdurchschnitt. Aber auch für ganz Deutschland gilt: Mit 59,1 Prozent ist die EU der wichtigste Handelspartner.

Europa - Lieferant für die Welt
 Quelle: Eurostat

1,97 Bio. €

Made in Europe: In 2018 haben die Länder der EU Waren im Wert von 1,97 Billionen Euro exportiert. Die Top-5-Zielländer sind die USA, China, die Türkei und die Türkei.



Es steht für offene und liberale Werte. Es sichert unseren Frieden.

INTERVIEW KNUT GIESLER UND ARNDT KIRCHHOFF

„Die wichtigste Wahl seit Jahrzehnten“

IG Metall und Metall NRW haben verschiedene Wünsche an Europa. Ihre Chefs rufen zum Urnengang auf.

Düsseldorf Wenige Tage vor der Europawahl zeigt die Metall-Tarifpartner in Nordrhein-Westfalen Flagge. Der Arbeitgeberverband Metall NRW und die IG Metall NRW haben vor ihrem Zentralen in Düsseldorf die blaue Europa-Flagge ge-

nommen – sei es am 25. Mai oder vorher per Briefwahl.

Arndt Kirchhoff (glb. 2005 in Essen) ist Ingenieur und führt den

INFO

Zwei Schalle- und Europa-Fans

Arndt Kirchhoff (glb. 2005 in Essen) ist Ingenieur und führt den

IG-Metall-Chef Knut Giesler hat noch ganz andere Ideen: Er will gleich ganze Betriebe sozialisieren.

Giesler (rechts) Vertrauensstellung hat durch keine Probleme. Knut Giesler

Niederlanden die Steuern niedriger sind und es keine gute Zusammenarbeit gibt. Das ist nicht in Ordnung.

US-Präsident Trump drückt China

EU-ARBEITSPLÄTZE DURCH AUSFUHREN
Quelle: Europäische Kommission

31 Mio.

Arbeitgeber werben für Europa

Initiative: Ostwestfälische Unternehmerverbände rufen ihre Mitarbeiter auf, ihr Kreuz für Europa zu machen – für die Demokratie, aber auch aus wirtschaftlichen Interessen



Gemeinsame Währung spart Bürgern Geld
Quelle: Eurostat

340 Mio.



„Wir müssen für Europa kämpfen“

Doppeljubiläum: Der Arbeitgeberverband Lippe ist vor 100 Jahren gegründet worden, ebenso lange gibt es die Tarifautonomie. NRW-Verbandspräsident Arndt Günter Kirchhoff warnt vor Nationalismus und Extremismus.

NRW-Unternehmer fordern: Mehr Leidenschaft für Europa zeigen





TARIFBINDUNG STÄRKEN? JA, ABER NICHT SO!

- Tarifbindung geht zurück
- Vertrauen zwischen Sozialpartnern fördern
- Keine staatlichen Exzesse zulassen

Foto: unternehmer nrw

In jüngster Zeit findet ein Überbietungswettbewerb statt, frei nach dem Motto: „Zur Stärkung der Tarifbindung ist uns jedes Mittel recht!“ Allen Forderungen gemeinsam ist indes: Sie werden das System Tarifbindung nicht stärken, sondern schwächen.

Dass die Tarifbindung zurückgeht, ist kein neues Phänomen, sondern eine seit Jahrzehnten zu beobachtende Entwicklung. Und so sind heute nur noch – man könnte auch sagen: immerhin noch – 55 Prozent der Beschäftigten und 27 Prozent der Betriebe in der Bundesrepublik an Tarifverträge gebunden. Nicht

nur die Arbeitgeberverbände, auch die Gewerkschaften haben Mitglieder verloren. Waren 1997 noch rund 8,5 Millionen Mitglieder in den DGB-Gewerkschaften organisiert, so waren es Ende 2017 noch knapp sechs Millionen.

Kein neues Phänomen also und doch ist auffällig, dass die Diskussion darüber, wie dieser Trend umgekehrt werden könnte, deutlich an Fahrt aufgenommen hat. Anlass dafür waren zwei öffentlichkeitswirksam gefeierte Jubiläen: das 100-jährige Bestehen des Stinnes-Legien-Abkommens im Jahr 2018 und jüngst der 70. Jahrestag des

Tarifvertragsgesetzes. Jubiläen dürfen durchaus, ja sie müssen bisweilen sogar zum Anlass genommen werden, einen kritischen Blick auf den Status quo und die Herausforderungen der Zukunft zu werfen. Was aus Anlass der genannten Jubiläen aber aus arbeitnehmernahen Kreisen öffentlich und mit Verve, gleichsam in Endlosschleife, gefordert wird, gleicht einer Revolution von oben: Die Forderungen sind, käme der Gesetzgeber ihnen nach, geeignet, das System Tarifautonomie auf den Kopf zu stellen. So soll die Mitgliedschaft im Arbeitgeberverband ohne Tarifbindung erschwert und das Vetorecht der Arbeitgeberseite

6 MIO.



Mitglieder sind Ende 2017 noch in den DGB-Gewerkschaften organisiert. 1997 waren es noch 8,5 Millionen.

Quelle: DGB

im Zusammenhang mit der Allgemeinverbindlicherklärung von Branchentarifverträgen abgeschafft werden. Die ohnehin schon strengen gesetzlichen Nachbindungsregelungen sollen verschärft werden und bestreikte Betriebe zukünftig generell für die Dauer des Streiks keine Zeitarbeitnehmer mehr beschäftigen dürfen.

Immerhin originell war der Vorschlag von Prof. Martin Franzen von der LMU München in einer Studie für das Hugo-Sinzheimer-Institut. Danach soll ein Teil des tarifgebundenen Entgelts bei Gewerkschaftsmitgliedern steuerfrei gestellt werden. Eine andere Idee stammt vom DGB-Vorstand Stefan Körzell, der Anfang April tarifvertragliche Bonusregelungen wie etwa Einmalzahlungen oder Extra-urlaub nur für Gewerkschaftsmitglieder forderte, um die Attraktivität von Gewerkschaften zu stärken.

tionsfreiheit negiert, wer die Mitgliedschaft in Arbeitgeberverbänden ohne Tarifbindung erschweren oder gar verbieten möchte. Konsequenterweise weitergedacht müsste dies im Übrigen bedeuten, dass auch Gewerkschaftsmitgliedern die „Tarifflucht“ verboten würde.

Rückgang der Tarifbindung hat viele Ursachen

Zum anderen haben sich die Verfechter einer auf Zwang beruhenden Stärkung der Tarifbindung offensichtlich nicht die Mühe gemacht, zu fragen, was die Ursachen für den Rückgang der Tarifbindung sind. Die Gründe sind dabei so vielschichtig wie „die Gesellschaft“ oder „die Wirtschaft“: Zwar ist der industrielle Sektor in Deutschland nach wie vor die Wohlstandslokomotive der

deutschen Volkswirtschaft schlechthin. Dennoch hat seine beschäftigungspolitische Bedeutung in den letzten Jahrzehnten nachgelassen. Damit einhergehend ist auch der Anteil klassischer Industriearbeiter spürbar zurückgegangen. Die Anzahl der Beschäftigten im Dienstleistungsgewerbe ist im Gegenzug stetig gestiegen, hier sind die Betriebe jedoch in der Regel deutlich kleiner als in der Industrie und weniger organisiert.

Beide Entwicklungen gehen einher mit einer voranschreitenden Individualisierung der Gesellschaft, die auch vor Sportvereinen, Kirchen und anderen auf freiwilliger Mitgliedschaft beruhenden Organisationen keinen Halt macht. Die Bindungswirkung von Koalitionen, jahrzehntelang eine Selbstverständlichkeit, hat deutlich nachgelassen. In der Wirtschaft verstärken die zunehmende internationale Verflechtung sowie ein sich durch die Globalisierung verschärfender Kostendruck diese Entwicklung.

Hinzu kommt: Tarifverträge, die nach ihrer grundgesetzlichen Konzeption Mindestarbeitsbedingungen abbilden sollen (um damit staatliche Lohnfindung überflüssig zu machen), sich aber in manchen Sektoren der Wirtschaft weit davon entfernt haben, stehen unter Le-

Druck führt nicht zum Ziel

So unterschiedlich die Vorschläge auch sind, eines ist ihnen gemein: Sie sind von der Vorstellung getragen, dass Druck das Mittel der Wahl für mehr Tarifbindung ist.

Kritikwürdig sind sie aus zwei Gründen: Zum einen missachten die Vorschläge die grundgesetzliche Konstruktion der Tarifautonomie, die neben dem Recht, einer Koalition beizutreten, spiegelbildlich das Recht vorsieht, von diesem Recht keinen Gebrauch zu machen oder eine Mitgliedschaft durch Verbandsaustritt abzustreifen. Diese negative Koali-



Foto: Laurence Chaperon

KLARTEXT IM WESTEN

„Die Europäer der 27 werden nach der Europawahl ihre Hausaufgaben machen müssen. Daran entscheidet sich, ob es uns gelingt, unsere offene Gesellschaft zu bewahren, und ob das einmalige Friedens- und Freiheitsprojekt fortbestehen kann. Es geht um die Zukunft unseres freiheitlichen, liberalen Gesellschaftsmodells auf der Grundlage von Demokratie und Rechts-

staatlichkeit. Gerade weil autoritäre Führer immer mehr Einfluss und Zustimmung erlangen, muss auch unser Modell der Sozialen Marktwirtschaft wieder an Dynamik gewinnen.“

Friedrich Merz,
Vorsitzender der Atlantik-Brücke e.V., 11.3.2019

► www.wirtschaftsblog.nrw

gitimationsdruck. Dass manche Tarifverträge sogar Höchsttarifbedingungen festschreiben, wird dadurch belegt, dass heute nur noch eine Minderheit der Unternehmen ihre Beschäftigten über Tarif vergütet. Und dabei handelt es sich überwiegend um nicht repräsentative Großunternehmen. Kleine und mittelständische Unternehmen bemängeln zudem die zunehmende Komplexität von Branchentarifverträgen.

Und schließlich beschleicht so manchen Arbeitgeber bei Tarifaueinandersetzungen ein latentes Gefühl der Hilflosigkeit, zumal das Prinzip der Kampfparität zwischen Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften nicht mehr der Wirklichkeit entspricht. Wenn dieses Gefühl dann noch einhergeht mit verschärften Streikauseinandersetzungen (etwa durch die erstmals in der M+E-Industrie flächendeckenden 24-Stunden-„Warnstreiks“), dann schwindet das Vertrauen in die Zukunftsfähigkeit des Systems und in die Verlässlichkeit des Tarifpartners.

Tarifautonomie braucht Vertrauen

Anders ausgedrückt: Manche Unternehmer gewinnen den Eindruck, als interpretierten manche Gewerkschaften die Tarifautonomie mehr als eine Konfliktpartnerschaft denn als Sozialpartnerschaft. Umso wichtiger ist es, die Kernvoraussetzung für eine funktionierende Tarifautonomie abseits staatlicher Eingriffe in Erinnerung zu rufen: Vertrauen!

Sich gegenseitig vertrauen müssen zunächst die Sozialpartner: Vertrauen darauf, dass auf die Interessen und Zwänge des jeweiligen Gegners Rücksicht genommen wird; und Vertrauen darauf, dass in der täglichen Anwendung der Tarifverträge der Geist der zugrundeliegenden Verhandlungen gelebt wird und die Auslegung von Tarifvertragsnormen nicht ausschließlich einseitig

interessengeleitet erfolgt. Vertrauen haben müssen überdies die von den Tarifverträgen potenziell Betroffenen, also Unternehmer und Beschäftigte sowohl in tarifgebundenen als auch in tarifungebundenen Unternehmen. Denn für letztere dient der Flächentarif stets als Orientierungsmaßstab für die eigenen Arbeitsbedingungen. Sie alle brauchen Vertrauen in die Anpassungsfähigkeit des Systems Tarifautonomie und darauf, dass die Tarifvertragsparteien gemeinsame Antworten finden auf die großen Fragen der Zeit (Digitalisierung, Transformation, Internationa-

lisierung). Dieses Vertrauen entsteht nicht qua staatlicher Anordnung: Dieses Vertrauen müssen sich die Sozialpartner – gemeinsam! – erarbeiten, etwa durch innovative, schlanke und flexible Tarifverträge, aber auch durch eine stilprägende Kultur des Zuhörens und Miteinanderumgehens.

Flexible Lösungen sind gefragt

Flexibilisierungsinstrumente, die den Betrieben ermöglichen, von flächenta-

Tarifentwicklung

Das zweite Halbjahr des Tarifjahres 2018 sowie die ersten Monate des Tarifjahres 2019 waren geprägt von in der Regel reinen Entgeltabschlüssen mit langen Laufzeiten von bis zu 36 Monaten. Die 2018 vereinbarten Tarifsteigerungsraten lagen dabei zwischen knapp unter 2 Prozent und bis zu 6 Prozent.

Für das Jahr 2019 prognostiziert der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung einen durchschnittlichen Anstieg der tariflichen Stundenverdienste von 2,6 Prozent (mit Sonderzahlungen). Die ersten Tarifabschlüsse des Jahres 2019, insbesondere für die Textil- und Bekleidungsindustrie (West), die Papier, Pappe und Kunststoffe verarbeitende Industrie, den öffentlichen Dienst der Länder sowie die Stahlindustrie liegen zwischen 2,3 und 3,7 Prozent.

Der Trend, Entgeltvereinbarungen mit langen Laufzeiten auszustatten, hat sich fortgesetzt. Eine Laufzeit von deutlich mehr als 12 Monaten ist in letzter Zeit eher die Regel als die Ausnahme. Arbeitszeithemen spielten mit Ausnahme der Tarifrunde in der Stahlindustrie anders als im ersten Halbjahr 2018

eine untergeordnete Rolle. In der Stahlindustrie wurde eine neue tarifliche Sonderzahlung vereinbart, verbunden mit der Option, auf diese zu verzichten und stattdessen Freizeit zu beanspruchen. Eine ähnliche Vereinbarung wurde 2018 in der M+E-Industrie getroffen. Die Deutsche Bahn wiederum hat den vor Jahren eingeschlagenen Weg der Etablierung der Option, anstelle einer linearen Entgelterhöhung eine Arbeitszeitverkürzung oder mehr Urlaub zu wählen, fortgesetzt.

Erwähnenswert ist, dass im Jahre 2018 in Deutschland rund eine Million Arbeitstage streikbedingt ausgefallen sind, womit sich das Arbeitskämpfvolumen gegenüber dem Jahr 2017 mehr als vervierfacht hat. Auch die Streikbeteiligung fiel deutlich höher aus: Sie stieg von 131.000 Streikteilnehmerinnen und -teilnehmern im Jahr 2017 auf knapp 1,2 Millionen im Jahr 2018. Dieser deutliche Anstieg ist zurückzuführen auf die umfangreichen Streikaktionen während der Metall-Tarifrunde Anfang 2018. Allein auf diesen Arbeitskampf entfielen rund 60 Prozent aller Ausfalltage sowie mehr als drei Viertel aller Streikbeteiligten des Jahres 2018.

rifvertraglichen Standards abzuweichen und die unter anderem dem Mittelstand signalisieren: „Wir haben verstanden!“, können ein erfolgreiches Mittel zur Stärkung der Tarifautonomie sein. Nicht dazu gehören Streikexzesse, knallharte Interessenpolitik und oder gar dann der Ruf nach dem Gesetzgeber, wenn eigene Ziele in Verhandlungen mit dem Sozialpartner nicht durchsetzbar sind. Mit derartigen Offenbarungseiden verbrämt man nicht nur das Produkt, das man stärken will, sondern redet auch einer Selbstverzweigung der Tarifautonomie das Wort.

STREIKWELTMEISTER FRANKREICH

Arbeitskampfbedingt ausgefallene Arbeitstage pro 1.000 Beschäftigte. Jährlicher Durchschnitt von 2008 bis 2017:



Frankreich



Dänemark



Spanien



Deutschland



USA



Schweiz

Quelle: WSI auf Basis nationaler Statistiken. Nur Privatwirtschaft; Frankreich 2008 bis 2016.

Ausgewählte Tarifabschlüsse des Berichtszeitraums Mai 2018 bis Mai 2019 für NRW

Chemische Industrie

Abschluss: 20. September 2018

Laufzeit 15 Monate:

August 2018 bis Oktober 2019

Pauschalbetrag von 280 Euro für

August und September 2018, differenzierbar bei besonderen wirtschaftlichen Schwierigkeiten, 3,6 % ab Oktober 2018

Erhöhung des tariflichen Urlaubsgeldes von 614 Euro auf 1.200 Euro pro Jahr

Schienerverkehrs-Dienstleistungen (Deutsche Bahn)

Abschluss: 14. Dezember 2018 mit EVG (im Wesentlichen gleichlautender Abschluss mit der GdL am 4. Januar 2019)

Laufzeit 29 Monate:

Oktober 2018 bis Februar 2021

Einmalzahlung von 1.000 Euro für

Oktober 2018 bis Juni 2019

3,5 % ab Juli 2019, 2,6 % ab Juli 2020

Wahlmöglichkeit: lineare Entgelterhöhung von 2,6 % ab Juli 2020 oder Arbeitszeitverkürzung um 52 Stunden oder zusätzlich 6 Urlaubstage

Textil- und Bekleidungsindustrie (West)

Abschluss: 13. Februar 2019

Laufzeit 24 Monate:

Februar 2019 bis Januar 2021

Einmalzahlung von 340 Euro für den Zeitraum Februar 2019 bis Juli 2019

2,6 % ab August 2019, 2,3 % ab

September 2020

Erhöhung des Urlaubsgeldes um 2,6 % in 2019 und um 2,3 % in 2020

Papier, Pappe und Kunststoffe verarbeitende Industrie

Abschluss: 20. Februar 2019

Laufzeit 27 Monate:

November 2018 bis Januar 2021

Vier Nullmonate, 2,8 % ab März 2019,

2,7 % ab März 2020

Öffentlicher Dienst (Länder)

Abschluss: 2. März 2019

Laufzeit 33 Monate:

Januar 2019 bis September 2021

3,2 % ab Januar 2019, 3,2 % ab

Januar 2020, 1,4 % ab Januar 2021

Differenzierte Erhöhungen in Abhängigkeit von Entgeltgruppen und Beschäftigtengruppen

Papierzeugende Industrie

Abschluss: 6. März 2019

Laufzeit 18 Monate:

März 2019 bis August 2020

3,0 % ab März 2019

Verdoppelung des tariflichen Urlaubsgeldes von 600 auf 1.200 Euro für Vollzeitbeschäftigte ab 2020

Stahlindustrie

Abschluss: 17. März 2019

Laufzeit 26 Monate:

Januar 2019 bis Februar 2021

Pauschalzahlung von 100 Euro für

Januar und Februar 2019, 3,7 % ab

1. März 2019, Einführung einer zusätzlichen tariflichen Vergütung in Höhe

von 1.000 Euro pro Kalenderjahr ab

1. März 2020, umwandelbar in freie

Tage

Druckindustrie

Abschluss: 2. Mai 2019

Laufzeit 28 Monate

Mai 2019 bis August 2021

2,4 % ab Mai 2019

2,0 % ab Juni 2020

1,0 % ab Mai 2021





Fotos: unternehmer nrw



BELASTUNGEN FÜR DIE WIRTSCHAFT

- Sachgrundlose Befristung als wichtiges Mittel der Flexibilisierung
- Erheblicher Reformbedarf beim Arbeitszeitrecht
- Einfluss von europäischem Recht auf deutsches Arbeitsrecht wächst

Foto: unternehmer nrw

Das Befristungsrecht ist nach wie vor im Fokus. Das gilt insbesondere für die erleichterte Befristung, die fälschlicherweise als „willkürliche“ Befristung betitelt wird. Gerade diese erleichterte Befristung ist für Unternehmen, die die Auftragslage nicht zuverlässig beurteilen können, von größter Bedeutung. Sie nutzen dieses Gestaltungsmittel verantwortungsvoll und zurückhaltend.

Problematische Befristungen befinden sich in erster Linie im Bereich des öffentlichen Dienstes. Es gibt etwa das Instrument der Haushaltsbefristung, das Kettenbefristungen über Jahre hinaus

rechtfertigt. Solche Befristungen sind im Bereich der Privatwirtschaft nicht anzutreffen. Es wird also wieder einmal eine Scheindebatte geführt, die sich in der Öffentlichkeit gut „verkaufen“ lässt. Mit der Wirklichkeit hat all dies nichts zu tun. Die Abschaffung der erleichterten Befristungen nützt niemandem. Im Gegenteil: Sie ist für die Arbeitsplätze und die Flexibilisierung der Wirtschaft im hohen Maße schädlich.

Wichtiger als diese Scheindebatte wäre eine vernünftige Ausgestaltung des Befristungsrechts (Konkretisierung des Vorbeschäftigungsverbots, Modifizie-

rung des Schriftformerfordernisses). Grundsätzlich sollte Flexibilität nicht beschnitten, sondern im Gegenteil gefördert werden. Im Mittelpunkt steht dabei insbesondere der erhebliche Reformbedarf im Arbeitszeitrecht.

Anachronismen im Arbeitszeitrecht

Das Arbeitszeitgesetz (ArbZG) ist in die Jahre gekommen. Viele Bestimmungen passen nicht mehr in die Arbeitswelt 4.0. Es besteht ganz erheblicher Reformbedarf. Es ist zwar richtig, dass

europäische Vorgaben keine grundlegenden Änderungen im deutschen Arbeitszeitgesetz zulassen. Eine behutsame Flexibilisierung ist aber – auch ohne Einschränkungen des Arbeitnehmerschutzes – möglich und dringend geboten. Beispielsweise ist es lebensfremd, dass ein Arbeitnehmer, der um 23 Uhr eine berufliche E-Mail liest oder schreibt, gemäß § 5 ArbZG erst nach einer elfstündigen Ruhepause wieder seine Arbeit aufnehmen darf. Es bedarf hier dringend einer sach- und praxisgerechten Anpassung.

Fraglicher Rechtsanspruch auf Telearbeit

Bereits heute räumen zahlreiche Unternehmen ihren Beschäftigten die Möglichkeit ein, teilweise oder ganz zu Hause zu arbeiten. Ein gesetzlicher

Rechtsanspruch auf einen sogenannten „Homeoffice-Arbeitsplatz“ (Telearbeitsplatz) besteht bisher nicht. Die SPD-Bundestagsfraktion hat jüngst erklärt, ein Recht auf mobiles Arbeiten und Homeoffice gesetzlich verankern zu wollen. Bisher wird lediglich in § 2 Abs. 7 der Arbeitsstättenverordnung (ArbStättV) definiert, wann ein Telearbeitsplatz vorliegt und welche Pflichten den Arbeitgeber bei Einrichtung eines solchen Arbeitsplatzes treffen. Telearbeitsplätze sind danach nur vom Arbeitgeber fest eingerichtete Bildschirmarbeitsplätze im Privatbereich der Beschäftigten.

Gewiss kann die Einrichtung von Telearbeitsplätzen zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie (Betreuung von Kindern und pflegebedürftigen Personen) sowie zur Verbesserung der allgemeinen Verkehrs- und Umweltlage (Reduzierung der Wegefahrten

zum Arbeitsplatz) beitragen. Ein gesetzlicher Anspruch auf Telearbeit würde aber den individuellen Rahmenbedingungen in den Betrieben nicht Rechnung tragen. Unternehmen mit hohen Bürodienstleistungen werden leichter Telearbeitsplätze einrichten können, in anderen Unternehmen ist dies nahezu ausgeschlossen. Zudem werden kleinere Betriebe weder die zusätzlichen Kosten für die Einrichtung von Telearbeitsplätzen aufbringen noch sich den zusätzlichen Aufwand für die Gewährleistung der Datensicherheit leisten können.

Selbst die Einführung eines konditionierten Anspruchs auf Telearbeit – wie es das BMAS offenbar erwägt – würde die Unternehmen vor erhebliche Herausforderungen stellen. Der Aufwand, den Unternehmen betreiben müssten, um im Einzelnen darzulegen, warum der von Beschäftigten erwünschte Telearbeits-



Foto: Unternehmer nrw

3 FRAGEN ZUR SACHE

RA Hans-Wilhelm Köster, Mitglied der Hauptgeschäftsführung, Fachbereichsleiter Recht

„ÜBERLEGUNGEN ZUR EINFÜHRUNG EINER GRUNDRENTE SIND ABZULEHNEN“

Was soll Inhalt einer „Grundrente“ sein?

Nach dem Koalitionsvertrag der Regierungsparteien soll Versicherten, die 35 Jahre an Beitragszeiten oder Zeiten der Kindererziehung bzw. Pflegezeiten aufweisen, ein regelmäßiges Alterseinkommen 10 Prozent oberhalb des regionalen Grundsicherungsbedarfs zugesichert werden. Die SPD will dies sogar ohne Bedürftigkeitsprüfung einführen.

Welche Kritikpunkte gibt es zu einem solchen Vorhaben?

Mit der Einführung einer solchen „Grundrente“ würden viele Versicherte, die sich mit mindestens 35 Versicherungsjahren wegen geringer Beitragseinzahlung nur eine relativ niedrige Rente aufgebaut haben, eine die gesetzliche Rentenversicherung schon heute finanziell überfordernde Aufwertung ihrer Rente erfahren. Für nachfolgende Generationen ist eine solche zusätzliche Belastung der gesetzlichen Rentenversicherung völlig untragbar.

Ist die Einführung einer solchen „Grundrente“ nicht zur Abwehr von Altersarmut geboten?

Unser heutiges Sozialleistungssystem sieht bereits vor, dass Versicherte, die mit einer geringen Altersrente als bedürftig anzusehen sind, zusätzliche Leistungen der Grundsicherung von den Sozialämtern erhalten können. Auf diese Weise ist ordnungspolitisch korrekt sichergestellt, dass Altersarmut mit einer steuerfinanzierten Grundsicherung zu begegnen ist; dies kann nicht Aufgabe der im Wesentlichen beitragsfinanzierten gesetzlichen Rentenversicherung sein.

platz für das Unternehmen nicht gestaltbar oder finanzierbar ist, wäre immens hoch. Außerdem würde der Gesetzgeber durch eine solche Regelung massiv in die organisatorische Gestaltung der Arbeitsabläufe und mithin in die unternehmerische Entscheidungsfreiheit eingreifen. Richtiger erscheint es deshalb, auf freiwillige Vereinbarungen zu setzen, zumal in diesem Fall die Akzeptanz für die Schaffung von Telearbeitsplätzen auf beiden Seiten deutlich höher ausfallen wird.

Zunehmender Einfluss des europäischen Arbeitsrechts

Das Verhältnis zwischen deutschem und europäischem Arbeitsrecht wird immer komplizierter. Die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes (EuGH) hat in den letzten Jahren die Rechtsanwendung in Deutschland maßgeblich und nachhaltig verändert. Der EuGH hat dabei auch das deutsche Urlaubsrecht auf den Kopf gestellt.

Während nach deutschem Verständnis der Urlaub der Erholung dient, stellt der EuGH den fiskalischen Aspekt des Urlaubs in den Vordergrund. Selbst wenn das Arbeitsverhältnis ruht, soll nach Vorstellung des EuGH ein Urlaubsanspruch – und ihm folgend ein Urlaubsabgeltungsanspruch – entstehen. Der Urlaubsabgeltungsanspruch soll zudem auch auf die Erben der verstorbenen Beschäftigten übergehen. Der Urlaubsanspruch degeneriert damit zusehends zu einem reinen finanziellen Abgeltungsanspruch.

Während das deutsche Urlaubsrecht für jeden erkennbar regelt, dass der Urlaub am Ende des Jahres beziehungsweise in Ausnahmefällen nach einem Übertragungszeitraum von drei Monaten verfällt, verlangt der EuGH, dass die Unternehmen ihren vermeintlich mündigen Beschäftigten zur Urlaubsnahme auffordern sollen. Andernfalls könne

der Urlaub nicht verfallen. Das hat Konsequenzen: Das Bundesarbeitsgericht (BAG) vollstreckt nur noch die Entscheidungen des EuGH. Diese Rechtsentwicklung ist bedenklich, da hierdurch die deutschen Besonderheiten des Arbeitsrechts nicht mehr hinreichend berücksichtigt werden.

Eine ähnliche Entwicklung zeigt sich im Recht der Massenentlassung ab. Der EuGH stuft etwa Fremdgeschäftsführer einer GmbH sowie leitende Angestellte als Arbeitnehmer im Sinne der Massenentlassungsrichtlinie ein. Ebenso unklar ist, welches Arbeitnehmergremium der Arbeitgeber bei der Massenentlassung als Konsultationspartner einbeziehen muss. Nach deutschem Verständnis kann dies bei einem gemeinsamen Betrieb mehrerer Unternehmen nur die bei dem „Gemeinschaftsbetrieb“ gebildete Arbeitnehmervertretung sein.

Rechtsunsicherheit für Unternehmen steigt

Die Beurteilung der Rechtslage kann bei der Anwendung des vom EuGH entwickelten Betriebsbegriffs dagegen völlig anders ausfallen. Der Rechtsanwender bleibt hilflos zurück und wird im Zweifelsfall angesichts der drohenden hohen finanziellen Risiken beide Gremien anhören.

Der Arbeitgeber muss bei Durchführung einer Massenentlassung somit einerseits die jeweilige Rechtsprechung des EuGH und des BAG sowie deren Zusammenspiel kennen und andererseits etwaige Widersprüche zwischen beiden Entscheidungsebenen auflösen.

Zusammenfassend ist festzustellen: Der Rechtsanwender mag und kann sich nicht mehr allein auf die deutsche Rechtsprechung verlassen. Er muss jederzeit damit rechnen, dass eine langjährige und bewährte Rechtsprechung durch den EuGH überstimmt wird.

ALTERSVERSORGUNG IM FOKUS

Die Zukunft der Altersversorgung ist in Politik und Öffentlichkeit zu einem zentralen Thema geworden. Kein Wunder, wird doch die Diskussion häufig von der Sorge getragen, dass allein schon wegen der demografischen Entwicklung zumindest die erste Säule der Alterssicherung, also die gesetzliche Rente, nicht zukunftssicher ist. Deshalb wird auch der Ruf laut nach einer Verstärkung der zweiten Säule, also der betrieblichen Altersversorgung, und der dritten Säule, also der privaten Altersvorsorge etwa im Rahmen von privaten Riester-Verträgen.

Druck auf Unternehmen nimmt zu

Für die Unternehmen sind Fragen zur Entwicklung der Altersvorsorge allein schon vor dem Hintergrund sehr bedeutsam, dass sie bei der gesetzlichen Rente sowie oft auch bei der betrieblichen Altersversorgung ganz erheblich an der Finanzierung beteiligt sind. Hier gilt es Wege zu finden, um einerseits die Altersversorgung zukunftssicher zu machen, andererseits dies nicht mit zusätzlichen Belastungen für die Unternehmen zu verknüpfen, die die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit beeinträchtigen.

In diesem Zusammenhang ist auch zu berücksichtigen, dass ständig steigende Ausgaben in den Bereichen Gesundheit und Pflege zu vorhersehbar stark steigenden Beiträgen in diesen Sozialversicherungszweigen führen werden. So ist bereits der Pflegekassenbeitrag Anfang 2019 um 0,5 Prozentpunkte auf 3,05 Prozent angehoben worden. Zudem sind die Arbeitgeber seit Anfang des Jahres zur gesetzlichen Krankenversicherung mit der Hälfte des kassenindividuellen Zusatzbeitrages belastet worden, der

zuvor allein von den Arbeitnehmern getragen wurde. Weitere Beitragsanhebungen gerade zu diesen beiden Sozialversicherungszweigen sind in der Zukunft sicher zu erwarten.

Wirtschaftliche Stabilität darf nicht gefährdet werden

Umso mehr muss zur Wahrung der wirtschaftlichen Stabilität für die Zukunft in den Säulen der Alterssicherung auf einen von den Unternehmen tragbaren Rentenversicherungsbeitrag geachtet werden. Nach dem Koalitionsvertrag soll dies in der gesetzlichen Rentenversicherung zumindest bis zum Jahr 2024 sichergestellt sein. Für die weitere Entwicklung der gesetzlichen Rentenversicherung soll eine von der Bundesregierung eingesetzte Rentenkommission Ideen entwickeln.

Jetzt und in Zukunft muss die Vermeidung jeglicher Leistungserweiterungen vorrangige Maßnahme zur Stabilisierung der gesetzlichen Renten sein. Zusätzliche Ausgaben belasten auch die kommenden Generationen.

Vor diesem Hintergrund waren bereits die Ausgabenerweiterungen im Zuge des vorgezogenen Altersrentenzugangs für besonders langjährig Versicherte, der Mütterrenten sowie der Erwerbsminderungsrenten problematisch. Mit Nachdruck sind die Überlegungen aus dem Koalitionsvertrag, Versicherten mit 35 Versicherungsjahren eine hohe Mindestrente zu garantieren, abzulehnen. Dies wäre bereits ungerecht gegenüber denjenigen Versicherten, die sich eine solche Rente durch Beitragszahlungen tatsächlich aufgebaut haben. Vor allem aber würde dies zu einer Erweiterung der Rentenausgaben und damit einer massiven zusätzlichen finanziellen Belastung der Rentenversicherung führen, die gerade im Hinblick auf nachfolgende Generationen völlig untragbar ist.

DEUTSCHE ALTERSVERSORGUNG – LEISTUNGEN WACHSEN



27 MRD. EURO

Die Leistungen der betrieblichen Altersversorgung und der Zusatzversorgung im öffentlichen Dienst sind in Deutschland in den letzten Jahrzehnten stetig gestiegen auf zuletzt rund 27 Milliarden Euro.

Quelle: Statista 2019

Diskutable Denkansätze für stabile Renten

Es gibt durchaus Denkansätze, die einer mittel- und langfristigen Stabilisierung des gesetzlichen Rentenniveaus dienlich sein können. So kann es insoweit weiterführend sein, wenn während des Erwerbslebens Höherversicherungsbeiträge zur Rentenversicherung geleistet werden könnten. Bislang gibt es nach § 187 a SGB VI nur die Möglichkeit, dass Arbeitnehmer ab dem 50. Lebensjahr zusätzliche Zahlungen an die Rentenversicherung leisten können, um Rentenabschläge bei einem späteren vorgezogenen Altersrentenbezug zu vermeiden. Insoweit gibt es sogar einen gesetzlichen Anreiz, Abfindungszahlungen zur Kompensation der späteren Rentenminderung an die Rentenversicherung zu leisten: Die Hälfte der Abfindung, die in die gesetzliche Rentenversicherung eingebracht wird, bleibt steuerfrei. Eine solche Einzahlung wird dann später zur Erweiterung des Rentenanspruchs für den Fall herangezogen, dass der Arbeitnehmer dann doch nicht in eine vorgezogene

Altersrente geht, sondern später die abschlagsfreie Regelaltersrente nutzt.

Weiterhin sind die bereits bestehenden Überlegungen zumindest diskutabel, die Beitragsbelastung auf Leistungen der betrieblichen Altersversorgung sowie aus Versorgungswerken zu reduzieren. Derzeit müssen Versorgungsempfänger auf diese Leistungen einen vollen Krankenkassenbeitrag abführen, während auf die gesetzliche Altersrente wegen eines Zuschusses des Rentenversicherungsträgers nur der halbe Beitrag zu leisten ist.

Für einen Ausbau der betrieblichen Altersversorgung hat der Gesetzgeber durch das Betriebsrentenstärkungsgesetz wichtige Anreize gesetzt. Leider hat der Gesetzgeber zugleich diese positiven Impulse durch den neuen gesetzlichen Arbeitgeberzuschuss zur Entgeltumwandlung abgeschwächt, weil dessen Umsetzung die Unternehmen vor große administrative Herausforderungen und ungeklärte Rechtsfragen stellt.





Fotos: unternehmer nrw



UNTERNEHMER NRW „ON AIR“

- Kohleausstieg nur bei absoluter Versorgungssicherheit
- Europa das Beste, was diesem Kontinent je passiert ist
- Deutschland braucht zukunftsorientierte Wirtschaftspolitik

Foto: unternehmer nrw

Als die Bundesregierung im Sommer 2018 die Kohlekommission beauftragt, binnen eines halben Jahres ein konsensfähiges Konzept für den Ausstieg aus der Kohleverstromung zu entwickeln, warnt NRW-Unternehmerpräsident Arndt G. Kirchhoff im Juni in einem Gastbeitrag für die FAZ davor, am grünen Tisch ein Wettrennen über den frühesten Ausstiegstermin zu veranstalten. „Dreht uns nicht den Saft ab“, fordert er in Sorge um die Gewährleistung von Versorgungssicherheit zu jeder Sekunde und wettbewerbsfähige Preise. In einem weiteren Gastbeitrag für die Rheinische Post bezeichnet er Anfang

Juli die schwarz-rote Bundesregierung „eher als Vertreter einer umfassenden Verteilungspolitik und weniger als Verfechter einer zukunftsorientierten Wirtschaftspolitik“. Auf dem Unternehmertag moniert er, nach dem „Berliner Theater der letzten Wochen gebe die Bundesregierung ein noch katastrophaleres Bild ab als die Fußball-Nationalmannschaft bei der WM“. So zitiert ihn tags darauf die Rheinische Post. Der NRW-Landesregierung bescheinigt Kirchhoff, so schreibt die Westdeutsche Zeitung, gleich zu Beginn der Legislatur ein ordentliches Tempo im Aufholprozess der Wirtschaftsstandorte, fügt

aber die Forderung hinzu, dabei nicht nachzulassen.

Debatte um Kohleausstieg

Als im August die Demonstrationen um den Hambacher Forst einen vorläufigen Höhepunkt erreichen, trifft sich Kirchhoff mit der DGB-Vorsitzenden Anja Weber zu einem Interview mit dem Kölner Stadt-Anzeiger. Die gemeinsame Botschaft: Die Politik dürfe sich nicht von den Kohlegegnern zu einem Kamikaze-Kohleausstieg erpressen lassen, der die Versorgungssicherheit gefährde

und einen Kahlschlag bei Arbeitsplätzen befürchten lasse. Ende August ist der NRW-Unternehmerpräsident zu Gast in der ARD-Talkshow „Anne Will“, in der über die Notwendigkeit einer qualifizierten Zuwanderung diskutiert wird. Dabei lehnt Kirchhoff den sogenannten „Spurwechsel“ ab. Bei einem Redaktionsbesuch bei der Rheinischen Post im September äußert sich Kirchhoff erneut zum Kohleausstieg. Der dürfe erst „an dem Tag erfolgen, an dem wir absolute Versorgungssicherheit haben“. Angesichts der schon heute weltweit höchsten Strompreise fordert er wenig später in der WAZ eine Strompreis-Deckelung beim Kohleausstieg.

Ruhrgebiet voranbringen

Gemeinsam mit dem Direktor des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln, Prof. Michael Hüther, stellt Kirchhoff im Oktober vor der Landespressekonferenz eine von unternehmer nrw in Auftrag gegebene IW-Studie zur Zukunft des Ruhrgebiets vor, bei der er von der Ruhr-Konferenz der Landesregierung fordert, jetzt die Pfunde des Ruhrgebiets herauszustellen und nicht in Problemen und Risiken zu denken.

Als im Dezember Annegret Kramp-Karrenbauer zur neuen Vorsitzenden der CDU Deutschlands gewählt wird, schreibt der NRW-Unternehmerpräsident in einem Gastbeitrag für die Rheinische Post, die neue Parteichefin „muss verhindern, dass Unternehmer aus Verbitterung über einen befürchteten weiteren sozialpolitischen Kurs der CDU den Rücken kehren.“ Die CDU habe zuletzt zunehmend wirtschaftspolitisches Profil verloren. Zum Jahreswechsel äußert sich Kirchhoff in einem Interview mit der Westfalenpost ausführlich zur Energie- und Mobilitätswende, zur Landespolitik, zur Ruhr-Konferenz – und zur Europawahl: „Die Europawahl ist das wichtigste Ereignis im Jahr 2019.“ Im Februar nimmt der NRW-Unternehmerpräsident zweimal prominent zum Ergebnis der Kohlekommission Stellung: Im Interview mit dem Kölner Stadt-Anzeiger fordert er, die Abschaltung von Kohlekraftwerken dann zu verschieben, wenn die Leitungen noch nicht gelegt sind, um Bevölkerung und Industrie verlässlich mit Strom zu versorgen. Und in einem Gastbeitrag für DIE WELT schreibt Kirchhoff, die Wirtschaft stehe zum Kohleausstieg bis zum Jahr 2038. Dazu gehöre aber auch die Erfüllung der Voraussetzungen, „nämlich die Sicherstellung von Versorgungssicherheit, Netzausbau und wettbewerbsfähigen Preisen“.

Flagge zeigen für Europa

Am 12. Februar steigt Kirchhoff auf das Dach des 13-stöckigen Verbandsgebäudes von unternehmer nrw in Düsseldorf, um die Europaflagge zu hissen. In einem Brief und im Interview mit der BILD, die darüber anderntags exklusiv berichtet, fordert er die 80.000 Mitgliedsunternehmen im Land auf, spätestens vier Wochen vor der Europawahl vor den Unternehmenszentralen die Europaflagge zu hissen. „Wir müssen Flagge zeigen für Europa“, sagt er, „weil es das größte Friedensprojekt ist.“ Zugleich startet der Verband in Nordrhein-Westfalen eine

breit angelegte Social-Media-Kampagne zur Europawahl. Eine Mehrheit von Populisten und Nationalisten im Europäischen Parlament bei der Europawahl müsse verhindert werden, so lautet die zentrale Botschaft Kirchhoffs bei der traditionellen Aschermittwoch-Pressekonferenz im März. „Die Europäische Union ist sicher nicht perfekt, aber das Beste, was diesem Kontinent in seiner langen Geschichte je passiert ist“, diktiert er in die Notizblöcke und Mikrofone der Journalisten.

Beim Redaktionsbesuch bei der Neuen Westfälischen in Bielefeld im April hält Kirchhoff erneut ein flammendes Plädoyer für Europa und fordert die Politik auf, nicht länger aus populistischen Motiven schlecht über die Europäische Union zu reden. Im Mai trifft sich Kirchhoff erneut mit den Sozialpartnern zu gemeinsamen Interviews – bei der Rheinischen Post mit dem Bezirksleiter der IG Metall in Nordrhein-Westfalen, Knut Giesler, und wenige Tage später mit der WAZ und der DGB-Landeschefin Anja Weber. Das Thema: die Europawahl am 26. Mai. Ungeachtet sichtbarer unterschiedlicher Interessen eint sie die gemeinsame Botschaft an Unternehmer und Beschäftigte: „Wählen gehen für das Vereinte Europa.“



Foto: WDR

KLARTEXT IM WESTEN

„Bei all den Unterschieden und Uneinigkeiten ist das Vertrauen vieler Bürger in die Europäische Union groß: Politische Instabilität in vielen Mitgliedsländern und wachsendes Vertrauen in Europa sind die beiden Seiten der gleichen Medaille. (...) Die EU wird offenbar von der Mehrheit der Europäer als Schutzraum in diesen unsicheren Zeiten empfunden. Gerade die vielen Krisen – wie zuletzt das Brexit-Chaos – haben ihnen vor Augen geführt, was sie an der EU haben.“

Jörg Schönenborn, Fernsehdirector des Westdeutschen Rundfunks (WDR), 8.4.2019

► www.wirtschaftsblog.nrw



ARD-Talk „Anne Will“



Rheinische Post – Redaktionsbesuch



Neue Westfälische – Redaktionsbesuch



Landespressekonferenz – IW-Gutachten



Rheinische Post – Doppelinterview mit Knut Giesler (IG Metall)



WAZ – Doppelinterview mit Anja Weber (DGB NRW)

”
 Also, die größte Sorge der Unternehmen ist die Versorgungssicherheit. (...) Denn an erster Stelle brauchen wir im Millisekunden-Bereich Strom, damit unsere komplizierter werdenden Maschinen und Prozesse überhaupt laufen.
 Arndt G. Kirchhoff

Deutschlandfunk – Interview zur Energiewende



Aschermittwoch – Pressegespräch



Journalistenreise – Ausbildung



Kölner Stadt-Anzeiger – Doppelinterview mit Anja Weber (DGB NRW)



BILD – Interview

WDR 5

”
 Die Folgen eines Brexits ohne Austrittsvertrag wären absolut nicht absehbar und wir müssten chaotische Zustände befürchten.
 Arndt G. Kirchhoff

WDR 5 – Brexit-Interview

GASTBEITRAG ARNDT KIRCHHOFF
„CDU fehlt wirtschaftspolitisches Profil“
 Rheinische Post Unternehmer NRW schreibt über nötige Veränderungen in der Partei.

GASTBEITRAG
„Es geht um die Zukunft unseres Kontinents“
 Kölner Stadt-Anzeiger Arbeitgeberpräsidenten Arndt Kirchhoff zur Europawahl am Sonntag

STANDPUNKT
Dreht uns nicht den Saft ab!
 Von Arndt G. Kirchhoff

Frankfurter Allgemeine Zeitung

Fotos: Dennis Angenendt, NDR/Wolfgang Borrs, Kai Kitschenberg, Andreas Krebs, unternehmer nrw



NACHWUCHS GEWINNEN – FACHKRÄFTE ENTWICKELN

- JUNIOR: Schüler werden erfolgreiche Unternehmer
- Arbeitswelt 4.0: Lehrer fit machen für die Digitalisierung
- Grundbildung und berufliche Weiterbildung

Foto: unternehmer nrw

JUNIOR: Erfolgreiche Schülerfirmen in NRW

Die Schülerfirmen Düsselcycle vom Max-Planck-Gymnasium in Düsseldorf und Radellos vom Mädchengymnasium Essen-Borbeck haben den diesjährigen JUNIOR Landeswettbewerb in Nordrhein-Westfalen gewonnen. Die Freude war groß, als Christoph Dammermann (Staatssekretär des Ministeriums für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie des Landes Nordrhein-Westfalen) und Dietmar Meder (Vorsitzender des Bildungswerks NRW) die Sieger in der DJH-Jugendherberge

Düsseldorf verkündeten. Nun dürfen die Jungunternehmer im Juni auf dem JUNIOR Bundeswettbewerb für NRW antreten und haben die Chance, Deutschlands beste Schülerfirma zu werden.

Arbeitswelt 4.0: Impulse für die Lehrkräfteausbildung

Im Rahmen der Fortbildung „Arbeitswelt 4.0: Welche Impulse lassen sich hieraus für die Lehrkräfteausbildung ableiten?“ haben sich Vertreterinnen und Vertreter der Zentren für schulpraktische

Lehrerausbildung darüber informiert, zu welchen Veränderungen es in der Arbeitswelt durch die Digitalisierung kommt. Die Fortbildung wurde gemeinsam vom Ministerium für Schule und Bildung NRW, SCHULEWIRTSCHAFT NRW und unternehmer nrw angeboten. Sie fand am 27. März 2019 bei der KIRCHHOFF Group in Iserlohn im Unternehmen des NRW-Unternehmerpräsidenten statt. Durch einen Informationsaustausch mit Vertretern des Unternehmens sowie eine Betriebserkundung wurde anschaulich, was Digitalisierung konkret heißt und welche Aspekte für eine erfolgreiche Gestaltung



Vertreter der Zentren für schulpraktische Lehrerausbildung bei der KIRCHHOFF Group in Iserlohn

wichtig sind. Zudem wurde im Rahmen eines Dialogforums diskutiert, welche Kompetenzen in der digitalen Arbeitswelt von besonderer Bedeutung sind, wie sich Veränderungsprozesse gestalten lassen und wie die Mitarbeiter dabei mitgenommen werden können.

MINT SCHULE NRW: Das größte Sek-I-Exzellenz-Netzwerk bundesweit

Im Dezember 2018 fand bei unternehmer nrw die Informationsveranstaltung für MINT SCHULE NRW statt. Der stellvertretende Hauptgeschäftsführer von unternehmer nrw, Johannes Pöttering, stellte in seiner Begrüßung heraus, dass in Schulen und Unternehmen weiterhin dringend gut ausgebildete MINT-Lehrkräfte sowie MINT-Fachkräfte benötigt werden. Der Abteilungsleiter für Allgemeinbildende Schulen, Förderschulen und Inklusive Bildung des Schulministeriums, Ralph Fleischhauer, lobte den Beitrag des Exzellenz-Netzwerks MINT SCHULE NRW, junge Menschen für den MINT-Lehrerberuf zu begeistern. Mit 69 zertifizierten Schulen ist MINT SCHULE NRW bundesweit das größte MINT-Exzellenz-Netzwerk für die Sekundarstufe I (Stand: April 2019).

Internetpläne für Schüler und Azubis

Ökonomische Bildung ist ein wesentlicher Bestandteil der Allgemeinbildung. Das BWNRW vermittelt daher in Internetplänen für Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe II sowie für Auszubildende grundlegende wirtschaftliche Kompetenzen für die Führung eines Unternehmens.

In diesem Schuljahr nahmen 166 Spielgruppen am Schülerplanspiel „Wirtschaft“ teil. In der Endrunde im Haus unternehmer nrw siegten im März 2019 die Schüler vom Berufskolleg Fachschule für Gartenbau, die aus Essen den Weg nach Düsseldorf gefunden hatten. Diese belegten auch den dritten Platz und freuten sich über die Geldpreise, die unternehmer nrw ausgelobt hatte. Zweiter wurde ein Team des Erich-Gutenberg-Berufskollegs aus Köln.

Im März 2019 fand zudem in der Düsseldorfer Jugendherberge die Endrunde der besten Teams des Internetplanspiels MARKT & WETTBEWERB für Auszubildende statt. In einem Wettkampf konnten sich binnen zwei Tagen die besten sieben von insgesamt 37 gestarteten Azubi-Teams miteinander messen. Um



Twitter: Sechs Talentschulen kommen aus dem Netzwerk MINT SCHULE NRW.



Gewinner JUNIOR Landeswettbewerb: Schülerfirmen Düsselcycle vom Max-Planck-Gymnasium in Düsseldorf und Radellos vom Mädchengymnasium Essen-Borbeck

Fotos: BWNRW



AlphaGrund-Schulung beim GaLaBau-Betrieb Pöhler in Bad Driburg und beim Gartenhof Küsters in Neuss

Fotos: BWNRW

das eigene Spielunternehmen möglichst erfolgreich am Markt zu etablieren, mussten in der Endrunde über sechs Geschäftsperioden hinweg unternehmerische Entscheidungen getroffen und schwierige Situationen gemeistert werden. Den ersten Platz errangen nach einem spannenden Kopf-an-Kopf-Rennen die Azubis der CANTEC GmbH & Co. KG, die den Wanderpokal erneut mit nach Essen nehmen konnten. Dort findet der Pokal nun nach dem dritten Sieg in Folge eine dauerhafte Heimat. Der zweite Platz ging an die Mannschaft der lekker Energie GmbH aus Heins-

berg, und den dritten Platz belegten die Azubis der Wicke GmbH & Co. KG aus Sprockhövel.

Berufsorientierungstraining und BERUFSPARCOURS

Im Berufsorientierungstraining haben Schülerinnen und Schüler Gelegenheit, ihr praktisches Talent zu testen und persönliche Neigungen zu entdecken. 2018 konnten 8.128 Schülerinnen und Schüler der Jahrgangsstufe 7 von diesem besonderen Angebot profitieren. Anknüpfend

an die Trainings bietet sich die Durchführung des BERUFSPARCOURS an. In diesem Veranstaltungsformat werden Schulen und Unternehmen an einem Vormittag zusammengebracht.

Ausbilder haben die Gelegenheit, potenzielle Talente für ihr Unternehmen bei Arbeitsproben zu erleben. Auf diesem Wege lässt sich passender Nachwuchs für den eigenen Betrieb entdecken. Die grundlegenden Berufsorientierungstrainings werden durch die Regionaldirektion NRW der Bundesagentur für Arbeit gefördert. Der BERUFSPARCOURS ist

WUPPERTALER KREIS

BUNDESVERBAND BETRIEBLICHE WEITERBILDUNG

Der Wuppertaler Kreis - Bundesverband betriebliche Weiterbildung e.V. nimmt die Interessenvertretung der führenden Weiterbildungsunternehmen der deutschen Wirtschaft auf Bundesebene wahr. Im März 2019 wurde Dr. Peter Janßen in Berlin erneut in den Vorstand des Bundesverbandes gewählt. Er übernimmt dort wie in den Vorjahren das Amt des Schatzmeisters. Als Vorsitzende des Verbandes bestätigt wurde Julia Merkel, Mitglied des Vorstands R+V Versicherung AG.

Der neu gewählte Vorstand des Wuppertaler Kreises, in der Mitte die Vorsitzende Julia Merkel



Foto: WK

ein Angebot zur Nachwuchssicherung von METALL NRW. Durchführungsträger für beide Maßnahmen ist das Technikzentrum Minden-Lübbecke.

AlphaGrund: Grundbildung ist Personalentwicklung

In NRW gelten fast eine Million Erwerbstätige als funktionale Analphabeten. Das BWNRW engagiert sich gemeinsam mit anderen Bildungswerken der Wirtschaft und dem IW dafür, durch betriebspezifische Maßnahmen der arbeitsplatzorientierten Grundbildung die Beschäftigungsfähigkeit Betroffener zu verbessern. Das Projekt „AlphaGrund“ wird im Rahmen der AlphaDekade durch das BMBF gefördert.

Insbesondere in Zeiten zunehmender Fachkräftengpässe besteht eine wesentliche betriebliche Herausforderung in der (Weiter-)Qualifizierung auch geringqualifizierter Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Nachholende Grundbildung für den Arbeitsplatz und die Vermittlung entsprechender Basiskenntnisse sind dabei oftmals Voraussetzung für eine weitergehende berufliche Qualifizierung.

In Kooperation mit dem Verband Garten- und Landschaftsbau NRW werden entsprechende Pilotschulungen angeboten. Bisher nahmen daran mehr als 60 an- und ungelernte Mitarbeiter aus zehn Garten- und Landschaftsbaubetrieben aus NRW erfolgreich teil. Am häufigsten nachgefragt waren diese Themen: Deutsch am Arbeitsplatz, Arbeitsanweisungen verstehen und umsetzen, Grundlagen der Teambildung und Organisation im Betrieb.

Mit Teilqualifizierungen schrittweise zur Fachkraft

Mit der ARBEITGEBERINITIATIVE TEILQUALIFIZIERUNG haben die Bildungswerke der Wirtschaft unter dem Motto

„Eine TQ besser!“ ein bundesweit einmaliges Angebot zur Nachqualifizierung An- und Ungelernter entwickelt. Die Teilqualifizierungsangebote der Arbeitgeberinitiative basieren auf bestehenden Ausbildungsberufen und sind ein effizientes Instrument zur Fachkräftegewinnung und -sicherung. In sechs bis acht Modulen erwerben die Teilnehmer schrittweise alle Kompetenzen des gesamten Berufes. In NRW erfolgt die Umsetzung der Arbeitgeberinitiative in einer Kooperation des BWNRW mit der Fortbildungsakademie der Wirtschaft gGmbH (FAW).

Jedes TQ-Modul wird mit einem qualifizierten Zertifikat, basierend auf einer prüfungsfähigen Kompetenzfeststellung, abgeschlossen. Die Bildungswerke der Wirtschaft stellen im Rahmen der Arbeitgeberinitiative sicher, dass die von der Bundesagentur für Arbeit verbindlich vorgegebenen Standards bundesweit einheitlich gewährleistet werden. Beim Deutschen Arbeitgebertag 2018 in Berlin präsentierte die Arbeitsgemeinschaft der Bildungswerke der Deutschen Wirtschaft e. V. (ADBW) ihr gemeinsames Angebot.



Arbeitgeberpräsident Ingo Kramer informiert sich am Stand der ADBW beim Deutschen Arbeitgebertag über die bundesweiten Projekte der Bildungswerke der Wirtschaft.

Foto: Simone M. Neumann



Quelle: AKTIV, 15.9.2018



Expertenrunde zum Thema „Grundbildung ist Personalentwicklung“ in Berlin

Foto: BMBF / Plambeck

UNTERNEHMER NRW IST VERTRETEN IN DER GERICHTSBARKEIT, IN DER SOZIALEN SELBSTVERWALTUNG UND IM ÖFFENTLICH-RECHTLICHEN RUNDFUNK

unternehmer nrw

Landesvereinigung der Unternehmensverbände Nordrhein-Westfalen e.V.

AOK NordWest

- Verwaltungsrat

AOK Rheinland/Hamburg

- Verwaltungsrat
- Fachausschuss Versorgung
- Fachausschuss Grundsatzfragen

Ausschuss zur Beratung von Richtern zur Sozialgerichtsbarkeit

Berufsgenossenschaft Energie Textil Elektro Medienerzeugnisse

- Widerspruchsausschuss

Berufsgenossenschaft Holz und Metall

- Widerspruchsausschuss

Deutsche Rentenversicherung Bund

- Widerspruchsausschuss Bonn
- Widerspruchsausschuss Düsseldorf
- Widerspruchsausschuss Essen

Deutsche Rentenversicherung Rheinland

- Vorstand

Deutsche Rentenversicherung Westfalen

- Vertreterversammlung
- Widerspruchsausschuss

Landesgesundheitskonferenz

- Vorbereitender Ausschuss
- Lenkungsgruppe zur Landesinitiative „Gesundheitsförderung und Prävention“

Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen

- Ausschuss der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter

Landschaftsverband Rheinland Integrationsamt

- Widerspruchsausschuss
- Beratender Ausschuss zur Beschäftigung von behinderten Menschen

Medizinischer Dienst der Krankenversicherung Nordrhein

- Verwaltungsrat
- Finanzausschuss
- Prüfungsausschuss
- Erledigungsausschuss

Medizinischer Dienst der Spitzenverbände der Krankenkassen

- Konferenz der Selbstverwalter
- Kooperationsrat

Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales

- Fachbeirat Partizipation

Regionaldirektion NRW der Bundesagentur für Arbeit

- Beirat
- Arbeitsmarktpolitischer Ausschuss
- Beirat „Integration von geflüchteten Menschen in Arbeit und Ausbildung“
- Widerspruchsausschuss

Westdeutscher Rundfunk Köln

- WDR Rundfunkrat

PRÄSIDIUM

Ehrenpräsidenten

Dr.-Ing. Jochen F. Kirchoff
Vorsitzender des Beirats der KIRCHHOFF
Gruppe

Horst-Werner Maier-Hunke

Geschäftsführer DURABLE
Hunke & Jochheim GmbH & Co. KG

Präsident**Dipl.-Wirtsch.-Ing. Arndt Günter Kirchoff**

Geschäftsf. Gesellschafter
& CEO KIRCHHOFF Automotive
Holding GmbH & Co. KG
Präsident METALL NRW

Vizepräsidenten**Dr. Joachim Basler**

Prokurist + Personal und Käufmännisches
GELSENWASSER AG

Ulrich Bönders

Geschäftsf. Gesellschafter
Bönders GmbH Spedition

Dipl.-Ing. Horst Gabriel

Geschäftsf. Gesellschafter
Ernst Ludwig Emde GmbH + Co. KG

Jürgen Grolman

Geschäftsführer Gustav Grolman
GmbH & Co. KG
Vorsitzender Landesverband
Großhandel-Außenhandel-Dienstleistungen
Nordrhein-Westfalen e.V.

Dr. Margarete Haase

Vorsitzende kölnmetall

Dr. Raymund Heiliger

Geschäftsführer Vygon GmbH & Co. KG
Vorsitzender Unternehmerverband der
Chemischen Industrie Aachen e.V.

Dipl.-Ing. Hans-Joachim Hering

Präsident Unternehmerverband
Handwerk NRW e.V.

Hans Jürgen Kerkhoff

Präsident und Hauptgeschäftsführer
Wirtschaftsvereinigung Stahl

Dipl.-Ing. Hans Christian Leonhards

Geschäftsführer
Jakob Leonhards Söhne GmbH & Co.

Dr. jur. Jürgen-Johann Rupp

Mitglied des Vorstands
RAG Aktiengesellschaft

VORSTAND

Dipl.-Ing. ETH Axel E. Barten
Dr. Joachim Basler
Ulrich Bönders
Dipl.-oec. Hans-Peter Breker
Dr. Andre Carls
Dieter Ebert
Dr. Karsten Eichmann
Jürgen Fleischer
Dipl.-Ing. Horst Gabriel
Dr. Patrick Giefers
Jürgen Grolman
Dr. Margarete Haase
Dr. Raymund Heiliger
Dipl.-Ing. Hans-Joachim Hering
Dr. Martin Iffert
Mag. Marcus Kaller
Dr.-Ing. Rüdiger Kaspers
Hans Jürgen Kerkhoff
Dipl.-Wirtsch.-Ing. Arndt Günter Kirchoff
Sven Kramer
Martin Krengel
Ralf Kuhnert
Dipl.-Ing. Hans Christian Leonhards
Dr. iur. Luitwin Mallmann
Dipl.-Ing. Bruno Mayer
Dipl.-Inform. Bernhard Mecking
Dietmar Meder
Dr. Clemens Mittelviehhaus
Dr. jur. Hans Moormann
Dipl.-Ök. Egbert Neuhaus
Dr. Paul Páez-Maletz
Dipl.-Kfm. Otto Plum
Dr. Henner Puppel
Dr. jur. Jürgen-Johann Rupp
Dipl.-Ing. Hans-Helmuth Schmidt
Dipl.-oec. Andreas Schmiege
Dipl.-Kfm. Matthias Simon
Dr. Dirk Spenner
Jochen Trautmann
Dr. Frank Weigand
Jürgen Wrase

GESCHÄFTSSTELLEN

unternehmer nrw

**Landesvereinigung der
Unternehmensverbände
Nordrhein-Westfalen e.V.**
Uerdinger Str. 58-62
40474 Düsseldorf
Tel.: 0211 4573-0 / Fax: 0211 4573-179
E-Mail: info@unternehmer.nrw
www.unternehmer.nrw

Büro Brüssel

Rue Marie de Bourgogne 58
B-1000 Brussels
Tel.: +32 2792-1054 / Fax: +32 2792-1010

**REGIONALE VERBINDUNGSSTELLEN
VON UNTERNEHMER NRW
BEI DEN BEZIRKSREGIERUNGEN:**

**Regionale Verbindungsstelle Arnsberg
Unternehmensverband Westfalen Mitte
e.V.,
Arnsberg/Hamm**
Goethestraße 28
59755 Arnsberg
Tel.: 02932 9718-0 / Fax: 02932 9718-12
E-Mail: info@uvwm.de / www.uvwm.de

**Regionale Verbindungsstelle Detmold
Arbeitgeberverband Lippe e.V.**
Ernest-Solvay-Weg 2
32760 Detmold
Tel.: 05231 9385-0 / Fax: 05231 9385-20
E-Mail: info@agv-lippe.de / www.agv-lippe.de

**Regionale Verbindungsstelle Düsseldorf
Unternehmerschaft Düsseldorf und
Umgebung e.V.**
Achenbachstraße 28
40237 Düsseldorf
Tel.: 0211 66908-0 / Fax: 0211 66908-30
E-Mail: service@unternehmerschaft.de
www.unternehmerschaft.de

**Regionale Verbindungsstelle Köln
 kölnmetall
Arbeitgeberverband der
Metall- und Elektroindustrie Köln e.V.**
Herwarthstraße 18-20
50672 Köln
Tel.: 0221 57904-0 / Fax: 0221 57904-22
E-Mail: verband@koelnmetall.de
www.koelnmetall.de

**Regionale Verbindungsstelle Münster
Verband Münsterländischer
Metallindustrieller e.V.**
Haus Sentmaring 7
48151 Münster
Tel.: 0251 237788-0 / Fax: 0251 237788-9
E-Mail: vmm@vmm-muenster.de
www.vmm-muenster.de

HAUPTGESCHÄFTSFÜHRUNG

Hauptgeschäftsführer

RA Dr. iur. Luitwin Mallmann
Tel.: 0211 4573-290 / Fax: 0211 4573-206
E-Mail: Mallmann@unternehmer.nrw

Sekretariat

Sabine Kogst
Tel.: 0211 4573-287
E-Mail: Kogst@unternehmer.nrw

Jennifer Schlüpner

Tel.: 0211 4573-287
E-Mail: Schluepner@unternehmer.nrw

Mitglieder der Hauptgeschäftsführung

RA Johannes Pöttering
Stellv. Hauptgeschäftsführer

Dipl.-Volksw. Hubertus Engemann
RA Hans-Wilhelm Köster
RA Hans Michael Weiss

POLITIK

GRUNDSATZFRAGEN

Stellv. Hauptgeschäftsführer

RA Johannes Pöttering
Tel.: 0211 4573-250 / Fax: 0211 4573-258
E-Mail: Poettering@unternehmer.nrw

Niklas Otto (studienbegleitend)

Tel.: 0211 4573-225 / Fax: 0211 4573-258
E-Mail: Otto@unternehmer.nrw

WIRTSCHAFTS- UND UMWELTPOLITIK,
UMWELTRECHT

Geschäftsführer

Dipl.-Ök. Alexander Felsch
Tel.: 0211 4573-241 / Fax: 0211 4573-258
E-Mail: Felsch@unternehmer.nrw

RA Dr. iur. Hendrik Schulte-Wrede

Tel.: 0211 4573-244 / Fax: 0211 4573-258
E-Mail: Schulte-Wrede@unternehmer.nrw

INTERNATIONALE SOZIALPOLITIK /
EUROPA / LEITUNG BÜRO BRÜSSEL

RAin Isabelle Oster

Tel.: 0211 4573-238 / Fax: 0211 4573-258
E-Mail: Oster@unternehmer.nrw

BILDUNGS- UND ARBEITSMARKTPOLITIK

Geschäftsführerin

Dipl.-Pol. Tanja Nackmayr
Tel.: 0211 4573-259 / Fax: 0211 4573-258
E-Mail: Nackmayr@unternehmer.nrw

Dipl.-Kffr. Claudia Dunschen

Tel.: 0211 4573-220 / Fax: 0211 4573-258
E-Mail: Dunschen@unternehmer.nrw

Sekretariat

Gabriela Brodeßer
Tel.: 0211 4573-289
E-Mail: Brodesser@unternehmer.nrw

Birgit Heidrich

Tel.: 0211 4573-234
E-Mail: Heidrich@unternehmer.nrw

TARIF

Geschäftsführer

RA Hans Michael Weiss
Mitglied der Hauptgeschäftsführung
Tel.: 0211 4573-255 / Fax: 0211 4573-209
E-Mail: Weiss@unternehmer.nrw

Geschäftsführerin

Ass. iur. Andrea-Maria Krause
Tel.: 0211 4573-205 / Fax: 0211 4573-209
E-Mail: Krause@unternehmer.nrw

RAThorsten Armborst

Tel.: 0211 4573-207 / Fax: 0211 4573-209
E-Mail: Armborst@unternehmer.nrw

RA Max Breick

Tel.: 0211 4573-253 / Fax: 0211 4573-209
E-Mail: Breick@unternehmer.nrw

Ass. iur. Anne Wiersberg

Tel.: 0211 4573-208 / Fax: 0211 4573-209
E-Mail: Wiersberg@unternehmer.nrw

Sekretariat

Sylke Kristen
Tel.: 0211 4573-254
E-Mail: Kristen@unternehmer.nrw

Britta Schuh

Tel.: 0211 4573-257
E-Mail: Schuh@unternehmer.nrw

VOLKSWIRTSCHAFT / STATISTIK

JörnThielen M.Sc.

Tel.: 0211 4573-251 / Fax: 0211 4573-231
E-Mail: Thielen@unternehmer.nrw

Sekretariat

Katja Schlak
Tel.: 0211 4573-252
E-Mail: Schlak@unternehmer.nrw

ARBEITSWIRTSCHAFT /
ARBEITS- UND GESUNDHEITSSCHUTZ

Dipl.-Wirt-Ing. Dr. Mikko Börkircher

Tel.: 0211 4573-296 / Fax: 0211 4573-209
E-Mail: Boerkircher@unternehmer.nrw

Dipl.-Psych. Axel Hofmann

Tel.: 0211 4573-228 / Fax: 0211 4573-209
E-Mail: Hofmann@unternehmer.nrw

Sekretariat

Ute Heinze-Kriegsmann
Tel.: 0211 4573-227
E-Mail:
Heinze-Kriegsmann@unternehmer.nrw

RECHT

SOZIALRECHT

Geschäftsführer

RA Hans-Wilhelm Köster
Mitglied der Hauptgeschäftsführung
Tel.: 0211 4573-260 / Fax: 0211 4573-231
E-Mail: Koester@unternehmer.nrw

ARBEITSRECHT

Geschäftsführer

RA Prof. Dr. Bernd Schiefer
Tel.: 0211 4573-267 / Fax: 0211 4573-231
E-Mail: Schiefer@unternehmer.nrw

Geschäftsführer

RA Walter Korte
Tel.: 0211 4573-271 / Fax: 0211 4573-231
E-Mail: Korte@unternehmer.nrw

BETRIEBLICHE ALTERSVERSORGUNG

Geschäftsführer

RA Dr. Axel Borchard
Tel.: 0211 4573-249 / Fax: 0211 4573-231
E-Mail: Borchard@unternehmer.nrw

Sekretariat

Helga Albrand
Tel.: 0211 4573-268
E-Mail: Albrand@unternehmer.nrw

Susanne Dürhager

Tel.: 0211 4573-204
E-Mail: Duerhager@unternehmer.nrw

Sonja Niekämper

Tel.: 0211 4573-270
E-Mail: Niekaemper@unternehmer.nrw

Jennifer Schlüpner

Tel.: 0211 4573-261
E-Mail: Schluempner@unternehmer.nrw

KOMMUNIKATION

Geschäftsführer

Dipl.-Volksw. Hubertus Engemann
Mitglied der Hauptgeschäftsführung
Tel.: 0211 4573-233 / Fax: 0211 451370
E-Mail: Engemann@unternehmer.nrw

Tim Abendroth M.A.

Tel.: 0211 4573-237 / Fax: 0211 451370
E-Mail: Abendroth@unternehmer.nrw

Nadine Bettray M.A.

(z.Zt. Vertretung in Elternzeit)
Tel.: 0211 4573-235 / Fax: 0211 451370
E-Mail: Bettray@unternehmer.nrw

Susanne Dreyer M.A.

Tel.: 0211 4573-216 / Fax: 0211 451370
E-Mail: Dreyer@unternehmer.nrw

Christine Ehrig M.A. (z.Zt. Elternzeit)

Tel.: 0211 4573-278 / Fax: 0211 451370
E-Mail: Ehrig@unternehmer.nrw

Sekretariat

Elisabeth Hück
Tel.: 0211 4573-232
E-Mail: Hueck@unternehmer.nrw

Antje Kiwitz

Tel.: 0211 4573-230
E-Mail: Kiwitz@unternehmer.nrw

FINANZEN / VERWALTUNG / PERSONAL

Geschäftsführer

Dipl.-Wirtsch.-Ing. Markus Ankel
Tel.: 0211 4573-288 / Fax: 0211 4573-175
E-Mail: Ankel@unternehmer.nrw

Sandra Dahlmann

Tel.: 0211 4573-273 / Fax: 0211 4573-109
E-Mail: Dahlmann@unternehmer.nrw

Dorothee Seising-Brackmann

Tel.: 0211 4573-272 / Fax: 0211 4573-175
E-Mail: Seising-Brackmann@unternehmer.nrw

IT-ORGANISATION

Viktor Junemann

Tel.: 0211 4573-282 / Fax: 0211 4573-177
E-Mail: Junemann@unternehmer.nrw

Peter Schulte-Zurhausen

Tel.: 0211 4573-283 / Fax: 0211 4573-177
E-Mail: Schulte-Zurhausen@unternehmer.nrw

EMPFANG

Sandra Plennies

Tel.: 0211 4573-215 / Fax: 0211 4573-116
E-Mail: empfang@unternehmer.nrw

AUSZUBILDENDE

Hassan Ghazi

Tel.: 0211 4573-0 / Fax: 0211-4573-175
E-Mail: Ghazi@unternehmer.nrw

Selen Cansu Kosar

Tel.: 0211 4573-0 / Fax: 0211-4573-175
E-Mail: Kosar@unternehmer.nrw

BILDUNGSWERK NRW

Geschäftsführer

Dr. rer. oec. Peter Janßen
Tel.: 0211 4573-245 / Fax: 0211 4573-144
E-Mail: Janssen@unternehmer.nrw

Aida Arzhang

Tel.: 0211 4573-277 / Fax: 0211 4573-144
E-Mail: Arzhang@unternehmer.nrw

Beate Gathen

Tel.: 0211 4573-240 / Fax: 0211 4573-144
E-Mail: Gathen@unternehmer.nrw

Ass. d.L. Regina Hoyer

Tel.: 0211 4573-247 / Fax: 0211 4573-144
E-Mail: Hoyer@unternehmer.nrw

Dr. Heike Hunecke

Tel.: 0211 4573-239 / Fax: 0211 4573-144
E-Mail: Hunecke@unternehmer.nrw

Dipl.-Kffr. Suzana Rieke

Tel.: 0211 4573-224 / Fax: 0211 4573-144
E-Mail: Rieke@unternehmer.nrw

Lisa Wienstroer B.A.

Tel.: 0211 4573-242 / Fax: 0211 4573-144
E-Mail: Wienstroer@unternehmer.nrw

Sekretariat

Marie-Claire Aschmann
Tel.: 0211 4573-285
E-Mail: Aschmann@unternehmer.nrw

Gabriele Pongratz

Tel.: 0211 4573-248
E-Mail: Pongratz@unternehmer.nrw

Angela Schmidt

Tel.: 0211 4573-246
E-Mail: Schmidt@unternehmer.nrw

KLARTEXT IM WESTEN

Der NRW-Wirtschaftsblog

Persönliche, prominente Impulse zur Zukunft
unseres Wirtschafts- und Industriestandorts NRW



Monika Düker

Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
im Landtag Nordrhein-Westfalen



Michael Bröcker

Chefredakteur Rheinische Post



Serap Güler

Integrationsstaatssekretärin des
Landes Nordrhein-Westfalen



Alexander Peters

Geschäftsführender Gesellschafter NEUMAN
& ESSER GROUP, Vorsitzender der Metall-
und Elektroindustrie Aachen



Dr. Annette Kurschus

Präses der Evangelischen Kirche
von Westfalen



Yvonne Gebauer MdL

Ministerin für Schule und Bildung
des Landes Nordrhein-Westfalen



Egbert Neuhaus

Geschäftsf. Gesellschafter der M. Westermann & Co.
GmbH, Vorsitzender Unternehmensverband Westfalen-Mitte



Thomas Kutschaty

Vorsitzender der SPD-Fraktion
im Landtag Nordrhein-Westfalen

www.wirtschaftsblog.nrw

Fotos: EKvW, NEUMAN & ESSER GROUP, MKFFI NRW/J.Studnar, Rheinische Post, Grüne Landtagsfraktion NRW, Christoph Meinschäfer, MSB/Susanne Klömpges, SPD Landtagsfraktion NRW



@unternehmernrw



@unternehmer_nrw

Impressum

Herausgeber:
unternehmer nrw
Landesvereinigung der Unternehmensverbände
Nordrhein-Westfalen e.V.
© 2019

Redaktion: Fachbereich Kommunikation – Tim Abendroth, Nadine Bettray, Hubertus Engemann

Redaktionsschluss: Juni 2019

Gestaltung und Produktion: IW Medien, Köln · Berlin

Titelseite: iStock

Diese Publikation steht auch auf der Internetseite www.unternehmer.nrw zum Download bereit.

Kontakt:

unternehmer nrw
Landesvereinigung der
Unternehmensverbände
Nordrhein-Westfalen e.V.
Uerdinger Straße 58–62
40474 Düsseldorf

Postfach 30 06 43
40406 Düsseldorf

Telefon: 0211 4573-0

Telefax: 0211 4573-179

E-Mail: info@unternehmer.nrw



Austausch zur Ruhr-Konferenz mit den Ruhrgebietsverbänden in Duisburg



Vorstand in Brüssel



Dr. Luitwin Mallmann bei der Mitgliederversammlung von unternehmer nrw



LV-Vorstandssitzung mit SPD-Fraktionschef Thomas Kutschat



LV-Vorstand mit Präsiden der evangelischen Kirche aus Nordrhein-Westfalen



Abschlussklärung Teilhabechancengesetz



Tanja Nackmayr beim Europa-Kongress der FDP



unternehmer nrw
@unternehmer_nrw

Kirchhoff-Gastkommentar via @welt zum Kohlekompromiss: "Es war immer eine Stärke unseres Landes, die großen gesellschaftspolitischen Konflikte im Konsens befrieden. Ich hoffe sehr, dass uns dies auch dieses Mal gelingt." #Kohleausstieg #Kohle



vergierende: Die verantwortungslose Strategie der Kohlegegner - WELT

unternehmer nrw
@unternehmer_nrw

#FaktderWoche: Junge Leute können durch #ERASMUS EU-weit leichter studieren. Im Jahr 2017 zog es durch das europäische ERASMUS-Programm 32.138 deutsche Studenten an Universitäten in andere EU-Länder. 2000 wurden nur halb so viele Hochschüler gefördert. #FlaggezeigenfürEuropa



unternehmer nrw
@unternehmer_nrw

Unternehmer für #Europa - Premiere 🇪🇺: Bis zur #Europawahl am 26. Mai sprechen Unternehmer aus #NRW regelmäßig über den Stellenwert der EU & über die Bedeutung der Wahl. Den Anfang macht Marcus Miertz, GF der PFEIFFER Chemie-Armaturenbau GmbH in Kempen. #FlaggezeigenfürEuropa



unternehmer nrw
@unternehmer_nrw

100 Jahre AGV Lippe: In Detmold sprach Präsident #Kirchhoff gestern als Festredner über die Bedeutung der #EU & der #Europawahl: „Gerade wir Deutsche müssen uns vor der Europawahl bewusst machen, was wir der europäischen Einigung zu verdanken haben.“ #FlaggezeigenfürEuropa



unternehmer nrw
@unternehmer_nrw

"Ernüchternd für Nordrhein-Westfalen," HGF Mallmann zu den aktuellen Wachstumswahlen zur #Wirtschaftsleistung: „Das erneut um 0,5 Prozentpunkte geringere #Wachstum gegenüber dem Bundesschnitt ist ein deutlicher Weckruf." #NRW #BIP



NRW-Unternehmer: Bessere Investitionsbedingungen si...
unternehmer nrw

unternehmer nrw
@unternehmer_nrw

„Müssen schnell Industrie-Flächen ausweisen und massiv in #Innovation und #Infrastruktur investieren“, Präsident Arndt G. #Kirchhoff zum #Strukturwandel beim @FK_Verband mit @WirtschaftNRW Minister @a_pinkwart, R.Bartels @IGBCE, L.Kulik @RWE_AG + RD-Vorsitzende C.Schönefeld



unternehmer nrw
@unternehmer_nrw

Doppel-Interview via @rponline zur Europawahl - Präsident Kirchhoff & #IGMETALL NRW Bezirksleiter Knut Giesler rufen zur Wahl auf. #Kirchhoff: "Die #Europawahl2019 ist die wichtigste Wahl seit Jahrzehnten." #FlaggezeigenfürEuropa



Metalverbandes-Chef Knut Giesler und Arndt Kirchhoff: IG Metall warnt v...
Mindestlohn, Steuerpolitik, Haftung für Missstände - IG Metall und Metall NRW haben verschiedene Wünsche an Europa. Gemeinsam rufen ihre Chefs die Beleg...
rp-online.de

unternehmer nrw
@unternehmer_nrw

lichen Glückwunsch auch an das Unternehmen RADELLOS, die ebenfalls 1. Platz beim #JUNIOR Wettbewerb NRW in Düsseldorf belegt und Nordrhein-Westfalen beim JUNIOR Bundeswettbewerb vertreten werden. Erfolg! @BW_NRW @iw_junior



unternehmer nrw
@unternehmer_nrw

„Wenn wir die CO2-Reduktionsziele der EU bis 2030 erreichen wollen, dann muss die Politik dafür auch die Rahmenbedingungen in gleicher Geschwindigkeit anpassen“, sagt Arndt #Kirchhoff im Gespräch mit der #Westfalenpost. #Elektromobilität #Infrastruktur



unternehmer nrw
@unternehmer_nrw

#FaktderWoche: Ausbildungsmarkt: Zwischen 2008 und 2018 haben die Unternehmen in #NRW ihr Ausbildungsangebot bereits um gut 23 % gesteigert. Für 2019 zeichnet sich jetzt ein weiteres Plus ab - ein starkes Signal für die #Ausbildung!



Arndt G. Kirchhoff im @DLF zu #Herausforderungen bei der #Energiewende

"Je digitaler die Prozesse sind, desto empfindlicher sind sie für Stromschwankungen. Da geht es jetzt nicht um Sekunde, Licht an, aus. Nein, da geht es um viel kürzere Abstände." #Versorgungssicherheit #NRW

Moritz Köpper @moritzkoepfer
"Wir brauchen Strom im Millisekunden-Bereich", so @unternehmer_nrw-Chef Arndt Kirchhoff. Die Sorge um #Versorgungssicherheit treibt die Wirtschaft um. Meine @DLF-Reportage, u.a. aus dem Sauerland und mit @NRW-Ministerpräs. @ArminLaschet: deutschlandfunk.de/versorgungssic... #NRW #Energiewende

unternehmer nrw
@unternehmer_nrw

Traditionell am Aschermittwoch lädt Präsident #Kirchhoff zum Pressegespräch. Heute im Fokus: #Europa und die richtungsweisende Wahl am 26. Mai. Kirchhoff: „Wir wollen ein weltoffenes Europa!“ #ZukunftEuropa #FlaggezeigenfürEuropa

